



8 Auftakt zur Liberalisierung und Globalisierung (1982 – 1990) - Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Umwandlung

In den 80er Jahren sah sich Taiwan abermals einer neuen nationalen und internationalen Situation gegenüber. In Hinsicht auf das internationale Umfeld führte der enorme Handelsüberschuss zu einem immer stärker eskalierenden Handelskonflikt zwischen Taiwan und den USA. Dieser Handelsüberschuss trieb die Devisenreserven Taiwans in eine historisch beispiellose Höhe (1980: 2,205 Mrd. USD, 1986: 46,310 Mrd. USD).¹ Die USA setzten Taiwan unter Druck, den NTD aufzuwerten, um damit ihr Handelsdefizit reduzieren zu können. In nationaler Hinsicht waren wirtschaftliche und politische Schwankungen zu verzeichnen: Das Wirtschaftswachstum und der Einkommenszuwachs führten zwar zu einer auffällig hohen Sparquote, die Investitionsbereitschaft blieb jedoch aufgrund der stärker gewordenen politischen Opposition² und der bisherigen überzogenen Regulierung des Wirtschaftssystems auf einem Tiefstand. Der Sparüberschuss floss in den Börsen- und Immobilienmarkt. Daraus folgten außergewöhnliche Kursrekorde an der Börse und eine erstaunliche Verteuerung der Immobilienpreise. Diese ungleichgewichtige Entwicklung in der Innen- und Außenwirtschaft führte zu einer Inflationskrise, zu Lohnkostensteigerungen und zu einer Ausdünnung der Industriestruktur. Nach der Abwanderung der traditionellen arbeitsintensiven Industrien entstand ein Vakuum, da die strategischen, technikorientierten Industrien noch nicht richtig in der Wirtschaft etabliert waren.

Zu den von der KMT-Regierung ergriffenen Gegenmaßnahmen zählten hauptsächlich zwei Strategien: Die eine war die Verbesserung der Industriestruktur, die andere die wirtschaftliche Liberalisierung und Internationalisierung. Diese beiden Maßnahmen kann man als roten Faden der kommenden zwei Jahrzehnte interpretieren.

Im Folgenden wird zunächst die internationale und nationale Konstellation eingehend behandelt. Anschließend werden die o. g. Strategien näher geschildert. Am Ende dieses Kapitels wird die wirtschaftliche Bilanz dieses Zeitraums dargestellt.

¹ Vgl. CEPD, ROC (1999).

² Die positiv auf das Investitionsklima wirkende politische Stabilität wurde bisher durch die autoritäre Diktatur gewährleistet. Das Aufkommen der oppositionellen Protestbewegung verringerte die politische Stabilität und damit auch die Investitionsbereitschaft.

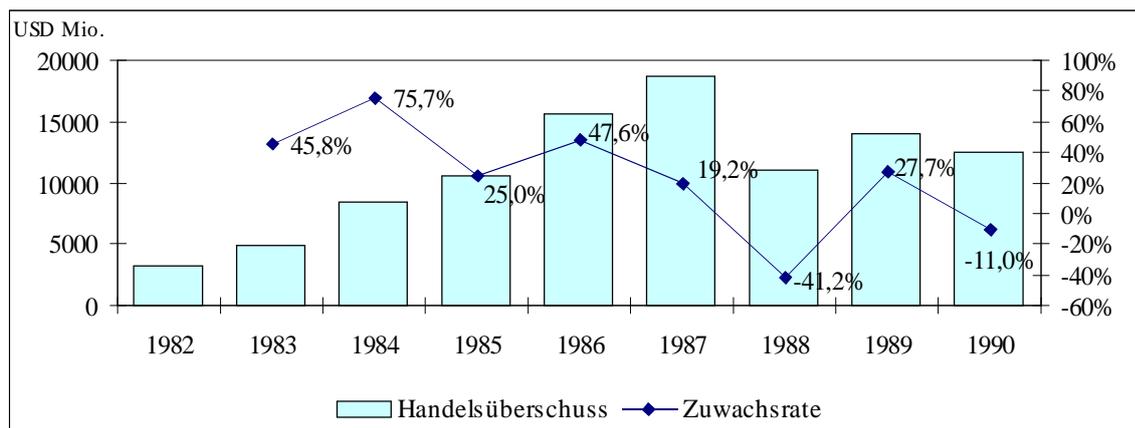
8.1 Hintergründe der Entwicklung in den 80er Jahren

8.1.1 Internationale Konstellation

8.1.1.1 Eskalierender Handelskonflikt zwischen Taiwan und den USA³

Abbildung 8-1 zeigt die rasch steigenden Handelsüberschüsse Taiwans in den 80er Jahren.

Abbildung 8-1: Handelsüberschuss und seine Zuwachsrate in den 80er Jahren



Quelle: CEPD, ROC (1999).

Bemerkenswert ist, dass die Handelsüberschüsse gegenüber den USA (1984: 9,826 Mrd. USD, 1985: 10,027 Mrd. USD, 1986: 13,581 Mrd. USD und 1987: 16,036 Mrd. USD) fast 100% der gesamten Überschüsse ausmachten. Dieser Handelsüberschusszuwachs ist abgesehen von den von der Regierung eingesetzten Exportförderungsmitteln vor allem auf vier Faktoren zurückzuführen:

- Die Erholung der Konjunktur in den USA.
- Der Ölpreis verharrte dauerhaft auf einem niedrigen Niveau.
- Nach dem im Jahre 1985 abgeschlossenen „Plaza Abkommen“ wurde der japanische Yen in kurzer Zeit um 100% aufgewertet.
- Das Zurückbleiben der nationalen privaten Investitionsbereitschaft.⁴

Wie bereits erwähnt, spielte die verarbeitende Industrie seit den 60er Jahren die Hauptrolle bei der Industrieentwicklung Taiwans. Der Import bzw. die Verarbeitung von Rohstoffen, Halbfertigwaren und Kapitalgüter und der anschließende Export von Fertigprodukten kann als Maxime der Handelsstrategie Taiwans aufgefasst werden. Bezüglich der Handelspartner ist eine Art „Dreieckshandel“ zu erkennen: Taiwan importierte Rohstoffe und Halbfertigwaren aus Japan

³ Vgl. Liu, Jinqing u. a. (1993), S. 110 – 120.

⁴ Die Investitionsbereitschaft wurde vornehmlich von der nationalen Gegebenheiten beeinflusst. Detaillierte Beschreibungen dazu siehe Punkt 8.1.2.1.



und exportierte die in Taiwan verarbeiteten Produkte (Textilprodukte, elektrische Haushaltsgeräte und andere Haushaltsmittel etc.) in die USA (Tabelle 8-1). Anhand dieser Handelsweise hatte Taiwan in den 70er Jahren ständig ein Handelsdefizit gegenüber Japan und einen Handelsüberschuss gegenüber den USA. Allerdings blieb die gesamte Handelsbilanz verhältnismäßig ausgeglichen.

Tabelle 8-1: Taiwans Handelspartnerstruktur in den 80er Jahren

Jahr	Güterhandel mit Haupthandelspartnern			Güterhandel mit Haupthandelspartnern		
	Import (%)			Export (%)		
	Japan	USA	Deutschland	USA	Hong Kong	Japan
1970	42,8	23,9	4,1	38,1	9,2	14,6
1975	30,6	27,8	6,2	34,3	6,8	13,1
1980	27,1	23,7	3,7	34,1	7,8	11,0
1981	28,0	22,5	3,0	36,1	8,4	11,0
1982	25,3	24,1	4,2	39,4	7,0	10,7
1983	27,5	22,9	3,4	45,1	6,5	9,9
1984	29,3	23,0	3,5	48,8	6,9	10,5
1985	27,6	23,6	4,2	48,1	8,3	11,3
1986	34,1	22,5	4,7	47,7	7,3	11,4
1987	33,8	21,9	4,6	44,1	7,7	13,0
1988	29,8	26,2	4,3	38,7	9,2	14,5
1989	30,7	23,0	5,0	36,3	10,6	13,7
1990	29,2	23,0	4,9	32,4	12,7	12,4

Quelle: CEPD, ROC (1999).

Dieses Gleichgewicht wurde wegen der Aufwertung des japanischen Yen aufgehoben. Taiwans Produkte waren angesichts der schlagartigen Verteuerung der japanischen Produkte auf dem amerikanischen Markt wettbewerbsfähiger geworden. Es kam zu immer neuen Exportrekorden (insbesondere in den Jahren 1986 und 1987, siehe Abbildung 8-1). Andererseits führte der Import von Primärprodukten wegen des niedrigen Ölpreises zu keinen nennenswerten Auswirkungen auf den Ausgleich der Handelsbilanz. Ausschlaggebend war, dass die niedrige private Investitionsbereitschaft in Taiwan auch das Importvolumen drosselte.

8.1.1.2 Wachsender amerikanischer Protektionismus⁵

In den 80er Jahren gab es fortwährend Defizite in der amerikanischen Zahlungsbilanz.⁶ Dieses Defizit vergrößerte sich wegen der zurückgehenden Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen

⁵ Vgl. Liu, Jinqing u. a. (1993), S. 116, 145, 146; Wei, Wu (1993), S. 82 – 84.

⁶ Seit den 60er Jahren vergrößerte sich das Defizit in der amerikanischen Zahlungsbilanz; Vor 1970 ergaben sich in der Handelsbilanz Überschüsse. Im Jahre 1971 betrug das Handelsdefizit 2,7 Mrd. USD, im Jahre 1974 10 Mrd. USD und im Jahre 1982 42,6 Mrd. USD. Vgl. Lin, Zhongxiong (1984), S. 484 – 485.



Industrie, des stark bleibenden US-Dollars und der Erhöhung der Staatsausgaben in den USA.⁷ Hinzu kam ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Dies führte zu einer breiteren Befürwortung einer protektionistischen Politik. Um das o. g. wirtschaftliche Ungleichgewicht zu korrigieren, ergriff die US-Regierung eine Reihe von Maßnahmen, die wiederum Rückwirkungen auf Taiwan hatten:

1. Ein Importkontingent und eine Anti-Dumpingsteuer wurden eingeführt.
2. Die für alle NICs (Newly Industrializing Countries) geltende Vorzugsimportsteuer wurde ab Januar 1989 abgeschafft.
3. Im Mai 1989 wurde Taiwan von der „U.S. Trade Representative“ auf die Überwachungsliste von „Special 301“ gesetzt.⁸
4. Im Jahre 1989 kam es wegen der Interventionstätigkeit der Zentralbank Taiwans am Devisenmarkt zu scharfer Kritik seitens der US-Regierung. Die US-Regierung forderte von Taiwan eine fortwährende Aufwertung des NTD.
5. Die US-Regierung forderte Taiwan dazu auf, sowohl den inländischen Agrar- als auch den (Finanz-) Dienstleistungsmarkt zu öffnen.

Unter dem großen Druck der US-Regierung ist der KMT-Regierung klar geworden, dass es unmöglich sei, die merkantilistisch orientierte Handelspolitik weiter zu verfolgen. Früher oder später musste der bereits in den 70er Jahren teilliberalisierte Wechselkurs komplett durch die Marktkräfte bestimmt werden und ein Handel unter Handelspartnern zu gleichen Bedingungen geführt werden.

8.1.2 Nationale Konstellation

8.1.2.1 Schwächere Privatinvestitionen im Inland⁹

Ein Handelsüberschuss bedeutet einen Sparüberschuss in der Wirtschaft.¹⁰ Eine hohe Sparneigung sollte aufgrund der besseren Investitionsmöglichkeiten Vorteile für die Wirtschaftsentwicklung mit sich bringen, vorausgesetzt, die entsprechenden Investitionstätigkeiten finden tat-

⁷ Im Jahre 1984 betrug das Haushaltsdefizit in der Reagen Administration 100 Mrd. USD.

⁸ Dem US Department of Commerce zufolge hat „Special 301“ die folgende Funktion:

“Special 301: It is designed to enhance the United States’ ability to negotiate improvements in foreign intellectual property regime.” Vgl. US Department of Commerce, Section 301 of the 1974 Trade Act, <http://www.ita.doc.gov/legal/301.htm> [Zugriff am 26.04.2001].

⁹ Vgl. Liu, Jinqing u. a. (1993), S. 118; Wei, Wu (1993), S. 84 – 85.

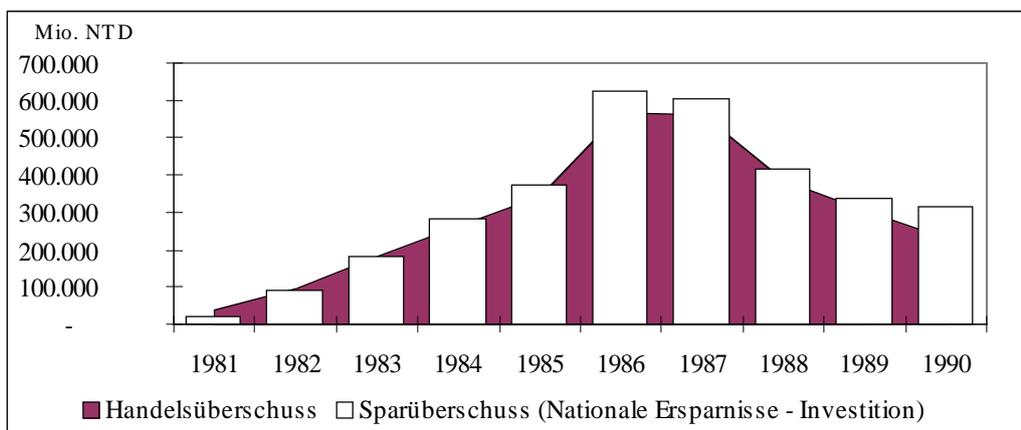
¹⁰ Im volkswirtschaftlichen Kreislauf gilt: S-I = X-M.



sächlich statt. Ansonsten könnte ein solcher Sparüberschuss in einer Gesellschaft eine schwer zu kontrollierende monetäre Unruhe zur Folge haben. In den 80er Jahren ereignete sich solcher Fall in Taiwan.¹¹

Abbildung 8-2 zeigt auf, wie sich in Taiwan in den 80er Jahren der Handelsüberschuss und der Sparüberschuss entwickelten. Diese Überschüsse kletterten seit 1981 bis zu ihrem Maximum in 1986 an.

Abbildung 8-2: Entwicklung des Handelsüberschusses und des Sparüberschusses in Taiwan, 1981 – 1990.

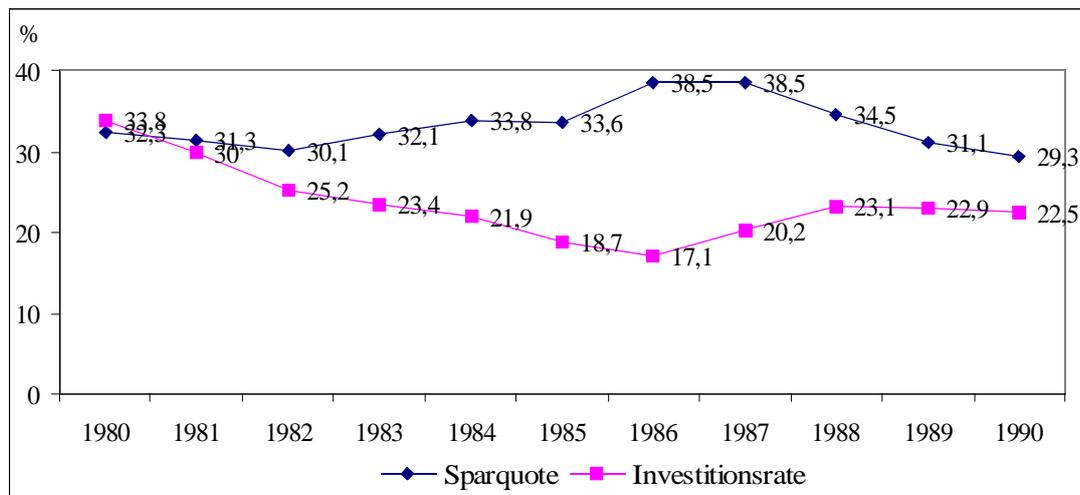


Quelle: CEPD, ROC (1999).

Weshalb stieg der Sparüberschuss ständig an? Abbildung 8-3 beantwortet die Frage. Es wird deutlich, dass sich die Schere zwischen der Spar- und der Investitionsquote seit 1980 immer weiter öffnete. Die Differenz erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1986. Die nachfolgende Darstellung zeigt, dass in dieser Zeit die Investitionsbereitschaft zu gering war.

¹¹ Siehe die Ausführungen in 8.1.2.1 und 8.1.2.2.

Abbildung 8-3: Spar- und Investitionsquote in den 80er Jahren



Quelle: CEPD, ROC (1999).

Die Frage, warum die Investitionsbereitschaft auf Talfahrt blieb, während die Sparquote ein Niveau wie das Japans erreichte, ist durch folgende Faktoren zu erklären. Das ungünstige internationale Wirtschaftsklima (Verstärkung des Protektionismus der Industrieländer, heftige Konkurrenz zwischen NICs, Aufholjagd von ASEAN-Ländern und der VR China, hohes Investitionsrisiko im IT Bereich) war zwar zu diesem Zeitpunkt bereits vorhanden, der Investitionstiefstand spiegelte jedoch hauptsächlich die Probleme in der wirtschaftlichen sowie politischen Struktur Taiwans wieder, die entweder seit langem unterdrückt wurden oder in diesem Zeitraum neu entstanden sind:

1. Aus Staatsunternehmen resultierende Behinderung der Wirtschaftsentwicklung: Im Finanzbereich und den fundamentalen Industriezweigen hatten Staatsunternehmen bislang eine Monopolstellung inne. Der Marktplatzraum für private Unternehmen war sehr eingeschränkt. Die Privatunternehmen sahen daher keinen Investitionsbedarf.
2. Mangelnde Investitionsfähigkeit und Risikobereitschaft der Privatunternehmen: 98% der Unternehmen in Taiwan waren klein- und mittelständige Unternehmen (KMU). Diese Unternehmen waren überwiegend auch Familienunternehmen. Es fehlte den KMU sowohl an ausreichend Kapital als auch an der Fähigkeit, Forschung und Entwicklung zu betreiben. Im Vergleich mit koreanischen Konglomeraten, die enorme Investitionen z. B. im Halbleiterbereich durchführten, verfügten die taiwanesischen KMUs kaum über Fähigkeit, das hohe Investitionsrisiko im High-tech Bereich tragen zu können.

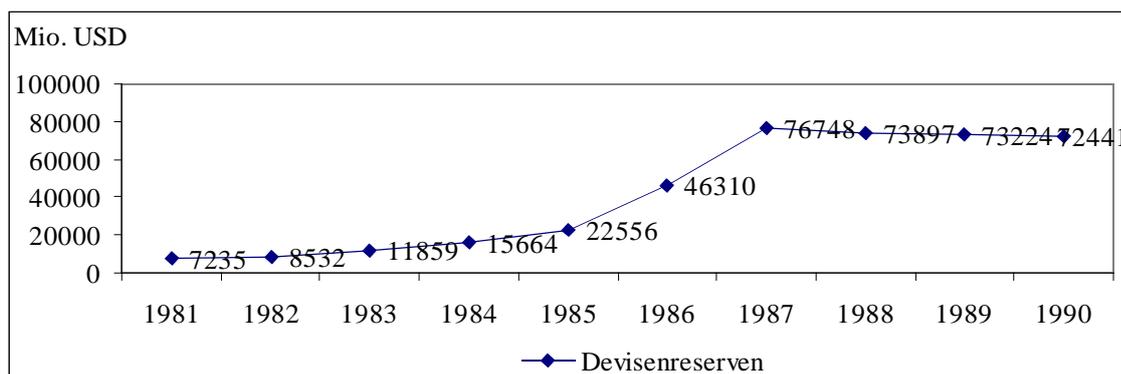
3. Veränderung des politischen Klimas in Taiwan: Das KMT-Regime konnte seit den 80er Jahren nicht mehr seine absolute Autorität aufrechterhalten. Die politischen Oppositionsbewegungen wurden stärker. Durch heftige, sogar gewalttätige politische Demonstrationen wurde die vorher durch die Diktatur geprägte stabile Gesellschaft erschüttert. Zudem erneuerte die VR China in diesem Zeitraum die Wiedervereinigungspolitik. Dies erhöhte ebenfalls die Ungewissheit hinsichtlich der Zukunft Taiwans. Die Unternehmen bevorzugten nun kurzfristige statt langfristiger Investitionen.

8.1.2.2 Starkes Geldmengenwachstum¹²

Aus den andauernden hohen Handelsüberschüssen, bedingt durch die niedrige inländische Investitionsneigung und das verhältnismäßig geringe Importvolumen, folgte ein schlagartiges Wachstum der Devisenreserven. Das führte zum Wachstum der Geldmenge.

Zunächst sei ein Überblick über das Wachstum der Devisenreserven Taiwans in den 80er Jahren dargestellt. 1986 war ein Wendepunkt in der Entwicklung der Devisenreserven Taiwans. Obwohl der NTD seit 1986 aufwertet wurde, stiegen die Devisenreserven aufgrund des starken Zuwachses der Handelsüberschüsse von 22,556 Mrd. USD im Jahre 1985 auf 76,748 Mrd. USD im Jahre 1987 an. Der Wechselkurs betrug im Jahre 1983 40,27 NTD/USD, im Jahre 1986 35,50 NTD/USD, im Jahre 1987 28,55 NTD/USD und im Jahre 1990 27,11 NTD/USD.

Abbildung 8-4: Devisenreservenzuwachs in den 80er Jahren



Quelle: CEPD, ROC (1999).

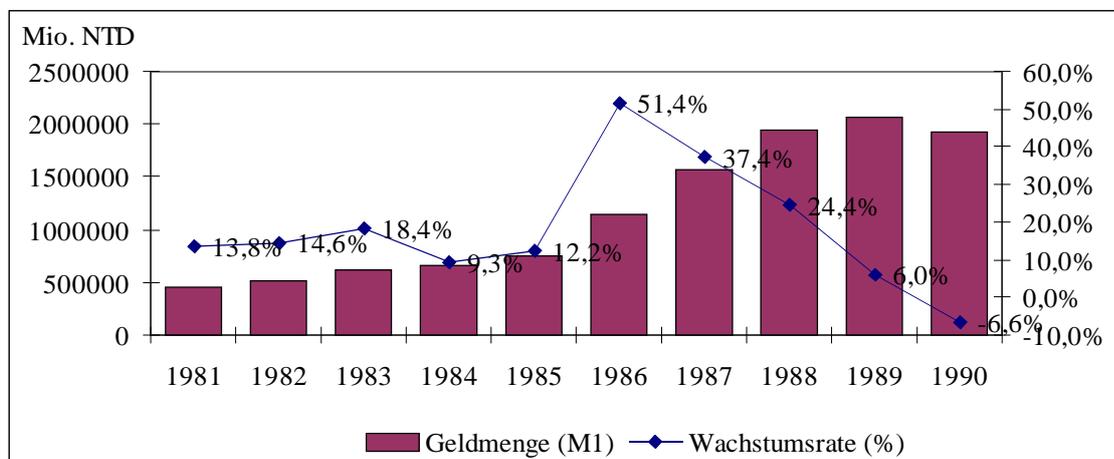
Die Wechselkursesentwicklung läßt erkennen, dass die Regierung den NTD trotz der gigantischen Devisenreserven nur langsam aufwerten ließ, obwohl die Unterbewertung des NTD offenkundig war. Dies lag daran, dass die Zentralbank Taiwans mit Rücksicht auf die Wettbewerbsfähigkeit der taiwanesischen Exportgüterindustrie den Wechselkurs so manipulierte, dass die Exportgüterindustrie mehr Zeit bekamen, sich auf Zeiten eines starken NTD einzustellen.

¹² Vgl. Liu, Jingqing u. a. (1993), S. 119.

Diese Absicht der Zentralbank wurde von vielen Devisenmarktspekulanten erkannt. Diese Spekulanten nutzten, trotz der Devisenbewirtschaftung, die Gelegenheit, indem sie US Dollar über den Schwarzmarkt nach Taiwan überwiesen, um anschließend die Devisenarbitrage abschöpfen zu können. Dieses nach Taiwan fließendes „hot money“ wurde auf 15 bis 20 Mrd. USD geschätzt.¹³

Abbildung 8-5 zeigt den außergewöhnlichen Geldmengenwachstums auf. Insbesondere in den Jahren 1986 und 1987, bedingt durch den Zuwachs des Handelsüberschusses bzw. der Devisenreserven, betrug die Wachstumsrate des Geldangebotes 51,4% bzw. 37,4%. Ende 1987 betrug die gesamten Depositen der Hauptkreditinstitute 3.964 Mrd. NTD, während die gesamte Kreditvergabe und Investition bei denselben Kreditinstituten 2.455 Mrd. NTD betrug. Die Differenz beträgt ca. 55% des BSP Taiwans im Jahre 1986 (BSP im Jahre 1986: 77.299 Mio. USD). Aufgrund dessen sank der 1-jährige Einlagenzinssatz der Geschäftsbanken auf den Tiefststand von 4,0%.¹⁴ Als Folge der Zinssenkung suchten die Privaten nach anderen höheren Renditen versprechenden Investitionsmöglichkeiten. Dies war der Grund für den außerordentlichen Boom auf dem Börsen- und Immobilienmarkt.

Abbildung 8-5: Geldmengezuwachs in den 80er Jahren



Quelle: CEPD, ROC (1999).

Tabelle 8-2: Die Entwicklung des Aktienmarktes in Taiwan in den 80er Jahren

Jahr	Zahl der auf dem Aktienmarkt notierten Unternehmen	Gesamter Marktwert (in Mio. NTD)	Gesamter Handelsumsatz (in Mio. NTD)	Aktienindex (1966=100)
1980	102	2.191	1.621	558,45
1981	107	2.013	2.092	551,03
1982	113	2.031	1.339	443,57

¹³ Vgl. Liu, Jingqing u. a. (1993), S. 119.

¹⁴ Vgl. CEPD, ROC (1999).



1983	119	3.060	3.638	761,92
1984	123	3.903	3.245	838,07
1985	127	4.157	1.952	835,12
1986	130	5.484	8.757	1039,11
1987	141	13.861	26.686	2339,86
1988	163	33.833	78.680	5119,11
1989	181	61.741	254.080	9624,18

Quelle: Central Bank of China, ROC (1990).

Tabelle 8-2 verdeutlicht das Fieber an der Börse in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Innerhalb von vier Jahren stieg der Aktienindex um fast das 12fache. Infolge der Spekulation an der Börse entstand eine Schicht von Neureichen. Dies erodierte nicht nur die Gleichmäßigkeit der Einkommensverteilung in Taiwan, sondern auch die Arbeitsmoral, da in diesem Zeitraum viele glaubten, man könne ohne viel Arbeit auf einfache Weise über die Börse viel Geld verdienen. Bemerkenswert ist, dass sich die institutionellen Anleger wegen der hohen Risiken vom taiwanesischen Aktienmarkt fernhielten.

Auch die Immobilienpreise kletterte ab 1987 rasant in die Höhe. Allein 1987 stiegen die Grundstückspreise in Taipei um 57% an.¹⁵ Die „Aufblähung“ der Wirtschaft wurde für die traditionell in der Gesellschaft tief verwurzelte Moral und Ordnung eine Herausforderung.

8.1.2.3 Politische und soziale Protestbewegungen¹⁶

8.1.2.3.1 Politische Oppositionsbewegungen

Die Forderungen aus den Reihen der politischen Oppositionsbewegungen nach der „Abschaffung des Kriegszustandes“, der „Wahrung der Menschenrechte“ sowie der „Unabhängigkeit Taiwans“ kamen trotz der starken Unterdrückung und Bestrafung durch das KMT-Regime nie zum Erliegen (siehe die Beispiele in Tabelle 8-3). Die Oppositionsbewegung war nach den 80er Jahren nicht mehr einzudämmen und führte in der Folge zur echten Demokratisierung Taiwans.

Über den Demokratisierungsprozess in Taiwan gibt es bereits viele politikwissenschaftliche, soziologische und kulturwissenschaftliche Untersuchungen. An dieser Stelle wird nur eine chronologische Aufreihung der Ereignisse während der Oppositionsbewegung dargestellt. Es

¹⁵ In diesem Zeitraum wurde Taiwan als „Republic of Casino“ bezeichnet. Die enormen Gewinnmöglichkeiten durch Spekulationen an der Börse zogen alle Bürger, egal ob Unternehmer, Hausfrauen, Arbeiter, Beamter oder Student, ins Börsen“spiel“ hinein.

Damals wurden die Bürger ohne Eigenheim als „Schnecke“ bezeichnet. Die rasch steigenden Immobilienpreise machte die Anschaffung einer eigenen Wohnung unmöglich. Im August 1989 sammelten sich ca. 20.000 Bürger und sie übernachteten auf den Hauptstraßen Taipeis, um gegen die unerträglich hohen Immobilienpreise zu protestieren. Diese Aktion wurde auch als „Schneckenprotest“ bezeichnet. Vgl. Liu, Jingqing u. a. (1993), S. 113.

¹⁶ Vgl. Wu, Ruoyu (1992), S. 184 – 186 und Liu, Jingqing u. a. (1993), S. 163 – 165 u. 258 – 264.



soll damit lediglich ein grober Überblick über die politischen Hintergründe in den 80er Jahren ermöglicht werden.

Tabelle 8-3: Ereignisse der politischen Protestbewegung vom Jahre 1960 bis Jahr 1990

<i>Zeit</i>	<i>Ereignisse</i>
1960	Der Fall des „Free China Magazin“: Der Redakteur „Lei, Zhen“ wurde verhaftet.
1964	Der Fall „Peng, Mingmin“: Professor Peng wurde festgenommen wegen der Ankündigung der „Deklaration der Selbstrettungsbewegung Taiwans“.
1971	Die presbyterianische Kirche gab die „Erklärung der Nationalpolitik“ bekannt, in der die Selbstbestimmung der taiwanesischen Bewohner über die Zukunft Taiwans gefordert wurde, um auf die von dem Chinabesuch Nixons ausgehende Statuskrise Taiwans zu reagieren.
1975	Das „außenparteiische“ ¹⁷ Magazin, das Kritik an die KMT-Politik übte, wurde veröffentlicht. Es wurde die Aufhebung des Kriegsrechts und die Wiederherstellung der Menschenrechte gefordert.
1977	Der Zwischenfall „Zhongli“: Der „Außenpartei“-Politiker „Xu, Xinliang“ wurde als Kreisvorsteher Tauyuans gewählt. Bei der Stimmzählung kam es aufgrund von Wahlbetrug zu gewalttätigen Protesten seiner Anhänger. Dabei wurde das in Zhongli befindliche Polizeipräsidium völlig abgebrannt. Das war die erste gewalttätige Ausschreitung nach dem 228-Zwischenfall (1947) ¹⁸ .
1979	Die offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen der ROC und den USA wurden beendet. Die USA nahmen stattdessen diplomatische Beziehungen zur VR China auf. Der Zwischenfall „Formosa“: Die außenparteiischen Mitglieder verbreiteten mittels des Magazins „Formosa“ ihr Netzwerk und bereiteten sich auf die Parteigründung vor. Dies verstieß gegen das Kriegsrecht, in dem die Neugründung von Parteien nicht gestattet war. Die KMT-Regierung verhaftete acht leitende Personen des Verlags und klagte sie als Verräter an. Diese Mitglieder wurden vor ein Militärgericht gestellt.
1984	Die Gründung des außenparteiischen „Ausschusses der Politik für öffentliche Angelegenheiten“: Dies war die erste permanente außenparteiische Organisation.
1986	Am 28. 09 wurde die DPP (Democratical Progress Party) als erste Oppositionspartei in Taiwan gegründet.
1987	Ab 14.07 wurde der Ausnahmezustand aufgehoben. Ab 28.07 wurden Reisen nach China im Rahmen des Verwandtenbesuchs

¹⁷ Damals gab es praktisch nur eine Partei in Taiwan, nämlich die KMT. Die Opposition wollte ihre Protesthaltung in den Vordergrund stellen. Sie nannte sich deshalb „außerhalb der PARTEI“ (KMT). Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird diese Partei als „Außenpartei“ bezeichnet.

¹⁸ Detaillierte Ausführungen zum 228-Zwischenfall siehe Kapitel 3.1.1.



bewilligt.

1988

Ab 01.01 wurde wieder die Pressefreiheit eingeführt.

Am 13.01 starb Präsident Chiang, Ching-kuo.

Am 27.01 übernahm der damalige Vizepräsident Li, Teng-hui das Präsidentenamt.

1990

Li, Teng-hui wurde zum 8. Präsidenten der ROC vereidigt.

Sitzblockade und Hungerstreik von zehntausend Studenten: Sie forderten die Auflösung der Tagung der Volkssammlung, direkte Präsidentenwahlen und die Beschleunigung der demokratischen Reformen.

Die „nationalpolitische Sitzung“ (28.06) wurde vom Präsidenten Li einberufen.

Das Komitee „Wiedervereinigung der Nation“ wurde unter Anweisung von Präsident Li errichtet (07.10). Dabei wurden die „Richtlinien der Wiedervereinigung der Nation“ erarbeitet (19.12).

Quelle: Eigene Datstellung

Diese politischen Entwicklungen stellten für die Autorität der KMT-Diktatur eine Herausforderung dar. Präsident Chiang traf kurz vor seinem Tode eine Entscheidung, mit der er Taiwan auf einen demokratischen Weg brachte. Durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes wurde die gesamte Gesellschaft von der einseitigen politischen Ideologie der KMT befreit. Mit dieser Befreiung gingen soziale Protestbewegungen, die auf bereits lange unterdrückte soziale Probleme zurückzuführen sind, einher. Zwei dieser sozialen Protestbewegungen taten sich besonders hervor: Dies waren zum einen die Umweltschutzbewegung und zum anderen die Arbeitnehmerschutzbewegung.

8.1.2.3.2 Soziale Protestbewegungen

Die durch die in den 70er Jahren rasant vorangetriebene Wirtschaftsentwicklung bedingte Umweltverschmutzung erreichte in den 80er Jahren ihren Höhepunkt. 1987 gab es in Taiwan pro km² 556 Bewohner, 8 Fabriken, 104 Kraftfahrzeuge und 500 Krafträder.¹⁹ Demzufolge waren die Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung bzw. die Belastung mit Lärm-, Müll- und Chemikalien kaum mehr erträglich. Wegen dieses sich Tag für Tag verschlechternden Lebensraums entstand in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine von den Bewohnern selbst initiierte Umweltschutzbewegung. Im Mai 1986 stimmte bspw. die Regierung dem von dem amerikanischen Unternehmen „Dupont“ vorgelegten Titandioxid-Werkanlagebauplan im Bezirk Zhanhua zu. Diese Zustimmung löste den Unmut und eine große Demonstration der Bewohnern Lungangs aus. Da Taiwan noch unter Kriegsrecht stand, war dies zu dem damaligen Zeitpunkt eine unvorstell-

¹⁹ Vgl. Liu, Jingqing u.a. (1993), S. 163.



bare Aktion. Allerdings stieß diese „illegale Bewegung“ bei Studenten und Presse auf große Resonanz. Am Ende nahm die Dupont Corp. ihren Plan zurück. Dieser Fall demonstrierte, wie die Meinungen zwischen Regierung und Bewohnern weit auseinander gingen und wie diese es schafften, die Regierung zum einlenken zu bringen. Zudem wurde offenbar, dass entsprechende Umweltschutzgesetze fehlten.

Die Regierung konnte jedoch nicht rechtzeitig genug eine neue Umweltschutzgesetzgebung installieren, so dass sich das „Lungang Modell“ erneut abspielte: Im September 1986 wurde der Bauplan der sechsten Raffinerie für Leichtöle abgelehnt; im Jahre 1987 wurden die Bauarbeiten der fünften Raffinerie für Leichtöle aufgrund der vielen Demonstrationen verschoben; der Bauplan für das vierte Nuklearkraftwerk wurde angesichts der Maßnahmen zur Sicherheitsvorkehrung heftig diskutiert²⁰ und schließlich stieß die Errichtung der Sonderzone zur Verschrottung alter Schiffe im Hafen von Kaohusiung ebenfalls auf Widerstand.

Mit der offener gewordenen Gesellschaft ist auch das Arbeiterbewusstsein gewachsen. Die unter dem Regime des Kriegsrechts untersagten Arbeiterrechte (Versammlungsfreiheit, Verhandlungsfreiheit, Streikrecht) konnten wieder von den Arbeitnehmern wahrgenommen werden. Die Zahl der Konflikte zwischen Arbeitgebern und –nehmern stieg an. Im Jahre 1985 wurde das machtasymmetrische Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und –nehmern durch die Einführung des „Labor Standards Law“ beendet. Im Jahre 1988 gab es einige große Streiks von Mitarbeitern der Eisenbahn, der Buslinien und einiger anderer bedeutender Unternehmen. Die „gehorsame“ und „stumme“ Arbeitnehmerschicht der Vergangenheit gab es nicht mehr.

8.1.2.4 Verlagerung der traditionellen arbeitsintensiven Industrien ins Ausland²¹

Die o. g. Umstände, nämlich die Regulierung der Wirtschaft, die politischen Umwälzungen, die Preiserhöhungen, die Lohnkostensteigerungen und die sich erhöhenden externen Kosten bedeuteten für die traditionellen arbeitsintensiven Industrien eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas. Um zu Überleben blieb ihnen nur die Abwanderung ins Ausland. Die Hersteller von Textilien, Konfektionen, Lederprodukten sowie die Hersteller von Bambus- und Holzprodukten verlagerten ihre Produktionsstätten nach Thailand, Malaysia und Indonesien.

Obwohl seit Ende der 70er Jahre die strategischen Industriezweige von der Regierung als Schwerpunktindustrien bezeichnet und gefördert wurden, entwickelten sich diese Industrieb-

²⁰ Als Folge daraus entstand die Anti-Atomkraftgruppe in Taiwan.

²¹ Vgl. Liu, Jingqing u. a. (1993), S. 119 – 120 und Ministry of Economic Affairs, ROC (1998), Issues Caused by High Economic Growth and Change in Recent Years, http://www.moea.gov.tw/~meco/EcoDev_e/a22x.htm [Zugriff am 04.04.1998].



ranchen noch nicht in dem Maße, wie es nötig gewesen wäre, um die alten arbeitintensiven Industrien ablösen zu können. Unter dieser aufgeblähten Wirtschaft entstanden zwar viele Dienstleistungen wie Finanzservice und Tourismus, sie boten jedoch keine substanzielle Produktion. Wäre die Blase geplatzt, wäre die Wirtschaftsentwicklung Taiwans davon schwer getroffen worden. Die alten Industrien verließen Taiwan, während die neuen Industriebranchen noch in den Kinderschuhen steckten. Die Gefahr der Ausdünnung der Industriestruktur zog herauf.

8.2 *Schwerpunkte der Entwicklungsstrategien in den 80er Jahren*

8.2.1 Strategien und Ziele²²

Die folgenden Ziele und Strategien wurden von der KMT-Regierung festgelegt, um die Wirtschaftsentwicklung Taiwans aus den Schwierigkeiten herauszusteuern.

Tabelle 8-3: Wirtschaftliche Ziele und Strategien in den 80er Jahren

Ziele	Strategien
Verbesserung der Industriestruktur	I. Förderung der wissenschaftlichen und technischen Weiterentwicklung
	II. Fortsetzung der Forcierung von strategischen Industriebranchen
	III. Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU
	IV. Steigerung der öffentlichen Infrastrukturinvestition
Wirtschaftliche Liberalisierung und Internationalisierung	I. Privatisierung von Staatsunternehmen
	II. Liberalisierung und Internationalisierung des Finanzsektors und der Finanzmärkte
	III. Liberalisierung des Außenhandels
Umweltschutz	Energiesparprogramm
Gesetzgebung zum Schutz von Arbeitnehmerrechten	Verkündung des „Labor Standards Law“

Quelle: Eigene Darstellung

Hierdurch wird deutlich, dass sich die Ziele und Strategien in Hinsicht auf die Industrieentwicklung denen vom Ende der 70er Jahre ähnelten. Unterschiedlich ist, dass die Inhalte der entsprechenden Strategien noch konkreter und detaillierter zum Ausdruck gebracht wurden. Aus-

²² Vgl. Wei, Wu (1993), S. 86 – 89; Xiao, Fengxiong (1994), S. 18 – 28.



schlaggebend ist, dass in diesem Zeitraum die Liberalisierung vorangetrieben wurde. Die Regierung nahm wahr, dass die umfangreichen Regulierungen, Interventionen und Schutzmaßnahmen die Möglichkeit zur fortschrittlichen Wirtschaftsentwicklung behinderten. Sie erkannte, dass es Zeit war, die Wirtschaft dem Marktmechanismus zu überlassen, zog sich nach und nach zurück und übernahm die Rolle des Marktüberwachers, Marktförderers und Wegbreiters der Industriefortentwicklung, indem sie die maßgeblichen Rahmenbedingungen wie Gesetzgebung, Infrastrukturverbesserung und technische Grundlagenforschung schuff.

8.2.2 Übersicht der Maßnahmen²³

Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick darüber, welche konkreten Maßnahmen in diesen zehn Jahren ergriffen wurden.

Tabelle 8-4: Ergriffene Maßnahmen in den 80er Jahren

	Allgemeine Wirtschaftspolitik	Industriepolitik	Geld- und Finanzpolitik	Devisen- und Außenhandelspolitik
1979	Das langfristige „Entwicklungsprogramm der Wissenschaft und Technologie“ wurde vom Exekutiv-Yuan verkündet. Es ist auf die Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung, des gesellschaftlichen Wohlstands und der nationalen Verteidigungstechnik ausgerichtet.			
1980	Das „Institute for Information Industry“ (III) wurde gegründet.	Der Bau des „Hsinchu Science-based Industrial Park“ (HSIP) wurde begonnen.		
1981	Das Büro „Berufsausbildung“ beim Innenministerium wurde errichtet.	Der „Hsinchu Science-based Industrial Park“ (HSIP) wurde errichtet.		
1982	Förderung der „eight strate-			

²³ Vgl. Wei, Wu (1993), S. 87; Government Information Office (1987); National Science Council, Republic of China, White Paper on Science and Technology, <http://www.nsc.gov.tw> [Zugriff am 04.04.1998]; Xiao, Fengxiang (1994), S. 18 – 19.



	<p>gic categories of science and technology“: Energie, Werkstoffwissenschaften, Informationstechnik, Automatisierungstechnik, Biotechnologie, Photoelektronische Wissenschaft, Ernährungswissenschaft und Hepatitisprävention.</p>			
1984	<p>Die „Liberalisierung, Internationalisierung und Institutionalisierung“²⁴ wurde als neuer wirtschaftspolitischer Kurs angekündigt.</p> <p>Die Durchführung der „Fourteen Key Projects“ wurde bekannt gegeben.</p>			
1985	<p>Das „Labor Standards Law“ wurde erlassen.</p>		<p>Die Verordnung zur Zinsregulierung wurde abgeschafft.</p> <p>Einführung der Mehrwertsteuer</p>	
1986	<p>Der „ten-year Science and Technology Development Plan (1986 - 1995)“ wurde entwickelt. Es wurden im Vergleich zu den vorherigen acht Kategorien (1982: „eight strategic categories of science and technology“) vier neue Bereiche hinzugefügt: „environment protection“, „multiple hazard mitigation“, „synchrotron radiation“ und „oceanography“.</p>			
1987	<p>„Das Komitee für Wirtschaftsreform“ beendete seine Aufgabe: Die Finanz-, Geld-, Handelspolitik und Verwaltungseffizienz wurden gründlich überprüft und Reformanregungen wurden aufgestellt.</p>			<p>Die Importsteuer wurde in großem Maße herabgesetzt;²⁵</p> <p>Lockerung der Devisenbewirtschaftung.</p>

²⁴ Detailliert siehe hierzu die Ausführungen in Punkt 8.2.3.2.

²⁵ Hierzu siehe 8.2.3.2.3.



1989	Die „Arbeitsgruppe zur Vorantreibung der Privatisierung der Staatsunternehmen“ beim Exekutiv-Yuan wurde errichtet. Der Privatisierungsprozess begann.		Die Regulierung bei Ober- und Untergrenzen der Einlagenzinssätze wurde beendet.	Das „gewichtete Durchschnittswchselkurs-system“ wurde aufgelöst. ²⁶
------	---	--	---	--

Quelle: Eigene Darstellung

Die Auflistung lässt erkennen, dass vor 1985 das Hauptgewicht der wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die strategischen Industrien fiel. Ab 1986 veranlasste der Handelskonflikt die Regierung, die Liberalisierung zu beschleunigen. „Das Komitee für Wirtschaftsreform“ legte im Jahre 1987 die maßgeblichen Reformpunkte vor:

1. Aufbau einer rationalen und gerechten Wirtschaftsverfassung: Dabei wurde die Verbesserung des Steuersystems, der staatlichen Ausgaben und der monetären Ordnung angestrebt.
2. Wirtschafts- und Handelsliberalisierung: Staatsunternehmen sollten lediglich in bestimmten Bereichen tätig sein. Privatunternehmen sollten die Chance haben, mit Staatsunternehmen unter gleichen Bedingungen zu konkurrieren. Der Umfang der Devisenbewirtschaftung sollte weitgehend reduziert werden. Die Kontrolle im Geschäftsbankbereich sollte gelockert werden.
3. Verbesserung der Zahlungsdisziplin: In Bezug auf die den Unternehmen einzuräumenden Kredite sollte bspw. ein besseres Überwachungssystem eingerichtet werden.

Dementsprechend wurde eine Reihe von Aktionen hinsichtlich der Liberalisierung in Gang gesetzt. Im Folgenden werden die bedeutendsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen näher behandelt.

8.2.3 Darstellung der maßgeblichen Maßnahmen

8.2.3.1 Verbesserung der Industriestruktur

8.2.3.1.1 Strategie I - Förderung der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung²⁷

²⁶ Detailliert siehe 8.2.3.2.2.5.

²⁷ Vgl. Xiao, Fengxiong (1994), S. 63; National Science Council, Republic of China, White Paper on Science and Technology, <http://www.nsc.gov.tw> [Zugriff am 04.04.1998]; Industrial Technology Research Institute of Taiwan R.O.C, Mission & Status, unter wysiwyg://22/http://www.itri.org.tw [Zugriff am 03.04.2001]; Institute for Information Industry of Taiwan, R.O.C, Achievements, <http://www.iii.org.tw> [Zugriff am 08.12.1999].



Drei Institutionen spielen zusammen die entscheidende Rolle bei der nationalen, wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung:

- National Science Council (NSC)
- Industrial Technology Research Institute (ITRI)
- Institute for Information Industry (III)

A. National Science Council (NSC)

Der Vorgänger (National Long-term Science Development Council) des NSC wurde im Jahre 1959 gegründet. 1967 wurde der Council in den NSC umorganisiert und 1969 als Teil des Exekutiv-Yuan installiert. Der NSC ist das oberste Organ, das für die wissenschaftliche und technologische Entwicklung Taiwans zuständig ist.²⁸ Dessen damalige konkrete Aufgaben waren, erstens die Förderung, Planung und Koordinierung der gesamten wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung, zweitens die Finanzierung der akademischen Forschung und drittens die Entwicklung der Idee für einen „science-based Industrial Park“.

B. Industrial Technology Research Institute (ITRI)

Das ITRI wurde im Jahre 1972 gegründet. Es ist eine „non-profit“ Organisation und wird von der Regierung gesponsert. Das Institut ist auf Anwendungsforschung spezialisiert. Seine damaligen Aufgaben waren:

1. Zum Zwecke der Beschleunigung der technisch-industriellen Entwicklung sollte durch mittel- bis langfristige orientierte Anwendungsforschung eine fortgeschrittene Technik entwickelt werden.
2. Die Durchführung von kurzfristiger Anwendungsforschung sollte eine Verbesserung des Produktionsprozesses und die Entwicklung neuer Produkte ermöglichen.
3. Die Weitergabe derjenigen Forschungsergebnisse an den Industriebereich, die möglicherweise in die Massenproduktionsphase eingeführt werden können.
4. Die Unterstützung der technologischen Entwicklung von KMU sowie das Training von Arbeitskräfte für den Bedarf im Industriebereich.

C. Institute for Information Industry (III)

²⁸ Die Ziele der ROC für die wissenschaftliche und technologische Entwicklung sind 1) die Anhebung des wissenschaftlichen und technologischen Niveaus, 2) die Förderung der Umweltentwicklung, 3) die Erhöhung der Lebensqualität der Bevölkerung und 4) die Schaffung einer unabhängigen nationalen Verteidigungsfähigkeit. Vgl. National Science Council, Republic of China, White Paper on Science and Technology, <http://www.nsc.gov.tw> [Zugriff am 04.04.1998].



Das III wurde mit dem Ziel der Förderung der strategischen Industrien im Jahre 1980 ins Leben gerufen. Es ist ebenfalls eine „non-profit“ Organisation, die vom Wirtschaftsministerium der ROC gesponsert wird. Sein Name lässt erkennen, dass sich das Institut auf die Vorantreibung der Informationstechnik konzentriert. Seine damaligen Funktionen waren:

1. Die Formulierung der strategischen Planung für die Entwicklung der IT-Industrie und die Bereitstellung der technischen Unterstützung für die Entwicklung des Projektes der nationalen Computerisierung (Beispiel: „Ten-year Information Industry Sector Development Plan).
2. Die Verstärkung der IT-Industrieentwicklung durch Forschung und Entwicklung im Hochtechnologiebereich, die Weitergabe und der Transfer von Forschungsergebnissen an den Unternehmenssektor, das Angebot von Aus- und Weiterbildungsprogrammen sowie die Unterrichtung der IPR (Intellectual Property Right) Regelung.
3. Die Verbreitung von IT-Anwendungen. Durch die Veranstaltung „Information Month“ und das Ausstellungszentrum „Information Science Technology Exhibition Center“ sollten der Bevölkerung Computerkenntnisse nahe gebracht werden.
4. Die Förderung und Ausführung internationaler Kooperationen. Die Zusammenarbeit mit AT&T, IBM, Sun und Cisco u. a. trug wesentlich zum Techniktransfer, zum Joint Development und zur Einführung moderner Traineeprogramme bei.

Erwähnenswert ist, dass der Aufbau des Hsinchu SIP (HSIP) vom III durchgeführt wurde. Der NSC entwickelte die Idee des SIP und das III konkretisierte die Idee, indem es den Plan für den Park im Detail ausarbeitete und eine konsistente Gesetzgebung vorbereitete. Dies zeigt auch die hierarchischen Beziehungen dieser drei Institutionen.

8.2.3.1.2 Strategie II - Fortsetzung der Forcierung der strategischen Industriebranchen²⁹

8.2.3.1.2.1 *Strategische Industriebranchenentwicklung*

Wie in Kapitel 7 erwähnt, wurde die strategische Industrieentwicklung vom CEPD (Council for Economic Planning and Development) im Jahre 1979 im Rahmen des Zehnjahreswirtschaftsplans für Taiwan (1980 – 1989) bekannt gemacht. Die Intention dabei war, einerseits wettbewerbsfähige Industriezweige zu schaffen und andererseits die Industriestruktur zu verbessern.

²⁹ Vgl. Xiao, Fengxiang (1994), S. 481 – 496, 311 – 323; Li, K. T. und Chen, Muzai (1987), S. 284 – 288, 308 – 312; Science-based Industrial Park Administration, National Science Council, ROC, Science-based Industrial Park, <http://www.sipa.gov.tw> [Zugriff am 02.04.2001].



Im Jahre 1982 wurde das „Überprüfungskomitee für die strategischen Industriebranchen“ durch das „Industrial Development Bureau“ im Wirtschaftsministerium zusammen mit der „Department of Customs Administration“ im Finanzministerium, der Technikabteilung der Chiao Tung Bank, dem Metallentwicklungszentrum vom ITRI und dem Verband der Maschinen- und Elektroindustrie, errichtet. Das Komitee wählte gemäß den verfeinerten Kriterien (große industrieller Verknüpfungseffekt, großes Marktpotential, hohe Technikintensität, hohe Produktwertzuwachs, niedriger Energieverbrauch, niedriger Verschmutzungsgrad)³⁰ zuerst 51 Produkte als vorrangig strategisch aus.

Darüber hinaus wurde für Maßnahmen in Bezug auf Finanzierung, Zollbestimmungen und Techniktransfer durch Sonderarbeitsgruppen recherchiert.

Tabelle 8-5 stellt die Entwicklung der ausgewählten besonders geförderten Produkttypen in den 80er Jahren dar.

Tabelle 8-5: Die ausgewählten strategischen industriellen Produkttypen

	1982	1984	1986	1988
A. Maschinenindustrie	87	88	92	98
a. Maschinen	49	50	52	51
b. Bauteile für Kraftfahrzeuge	9	9	10	12
c. Elektrotechnik	29	29	30	35
B. Informationsindustrie	64	83	91	87
a. Computer und computerbezogenen Produkte	14	18	18	16
b. Unterhaltungselektronische Geräte	5	6	6	6
c. Elektrisches Zubehör	15	21	26	23
d. Telekommunikationsprodukte	10	13	14	14
e. Industrielle elektrische Produkte	14	15	16	16
f. Software	6	10	11	12
C. Biotechnologie	0	0	16	16
D. Werkstofftechnologie	0	0	0	13

Quelle: Industrial Development Bureau, Ministry of Economic Affairs, ROC (1984).

Für diese strategischen Industrien bot die Regierung nicht nur mittel- bis langfristig verbilligte Kredite an,³¹ sondern über die Funktionen des ITRI, der III u. a. neben Steuerbegünstigungen

³⁰ Diese Kriterien wurden als „zwei groß, zwei hoch, zwei niedrig“ bezeichnet.

³¹ Neben der Vorantreibung der Finanzmarktentwicklung wurde bspw. die „Export-Import Bank of Republic China“ im Jahre 1979 gegründet, um die mittel- und langfristige Finanzierung im Import- und Exportsektor zu unterstützen. Die Chiao Tung Bank wurde im Jahre 1979 in die Entwicklungsbank umgewandelt, damit sie den strategischen Industriebranchen die mittel- bis langfristig verbilligten Kredite anbieten und sich an Investition des Risikokapitals beteiligen konnte. Vgl. Li, K. T. und Chen, Muzai (1987), S. 286.



(die Verordnung zur Investitionsförderung gehörte dazu) auch Weiterbildung für Unternehmen in Bezug auf Produktionstechnik und Betriebsmanagement.

8.2.3.1.2.2 *Science-Based Industrial Park (SIP)*

Der „Science-based Industrial Park“ (SIP) stellt dagegen einen anderen Typ der Förderung der strategischen Industrien dar. Der SIP ist insbesondere auf die Anhebung des Entwicklungsniveaus der Industrie ausgerichtet. Die Idee war, technisch gut ausgebildete Arbeitskräfte und innovative ehrgeizige Unternehmen im Park anzusiedeln, moderne Technologien und Technologieexperten aus dem Ausland in den Park einzuführen, um die nationale technische industrielle Forschung und Entwicklung vorantreiben zu können. Damit sollten schließlich zum einen die fortgeschrittenen Industriebranchen in Taiwan Fuß fassen können und zum anderen die inländischen Arbeitskräfte im High-tech Bereich weiter ausgebildet werden. Daher unterscheidet sich der Park wesentlich von der Export-Verarbeitungszone (EVZ), in der sich hauptsächlich arbeitsintensive Industrien befinden.

- A. **Lage**: Der erste SIP wurde in Hsinchu gebaut. Hsinchu liegt im Nordwesten Taiwans und ist bekannt für seine schöne Landschaft. Dieser Landkreis liegt in der Nähe der Häfen, des Flughafens und des Großraums Taipei. Die sich von Norden nach Süden erstreckende Autobahn führt ebenfalls durch dieses Gebiet; Hsinchu verfügt aufgrund der o. g. Faktoren über eine sehr gute Verkehrsanbindung. Rund um Hsinchu sind mehrere technisch orientierte Universitäten sowie technische Forschungsinstitute (wie z. B. das ITRI, das Entwicklungszentrum für Präzisionsinstrumente des NSC, das Telekommunikationsforschungsinstitut des Verkehrsministeriums) angesiedelt. Hsinchu kann daher hinsichtlich der Bedingungen für industrielle Forschung und Entwicklung und der Wohn- und Erholungsmöglichkeiten eine nahezu optimale Standortqualität aufweisen.
- B. **Bauplan**: Außer den Universitäten und Forschungsinstituten wurden ein Sondergebiet für Forschung, eine steuerfreie Zone, ein Wohngebiet für Mitarbeiter, ein Naturschutzgebiet, eine Agrarzone, ein Gütertransportgebiet und ein Abwasserentsorgungsgebiet errichtet. Im Park wurden alle Unternehmen wie in der EVZ durch effiziente staatliche Verwaltungsdienstleistungen begünstigt. Das Verwaltungsbüro im Park bot bspw. Dienstleistungen wie Fabrikbauberatung, Registrierung von Unternehmen, Beratung bei Export-Import-Geschäften, Visumsabwicklung, Kreditvergabe u. a. an.
- C. **Entwicklungsplan**: Es wurde eine dreistufige Entwicklung geplant: In den ersten drei Jahren lag der Schwerpunkt auf Techniktransfer und Ausbildung der Arbeitskräfte. In



den nächsten drei Jahren wurde mehr Gewicht auf die Verbesserung der Produktqualität, die Erweiterung der Marktgröße und die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Hochschule gelegt. In den letzten vier Jahren wurde darauf abgezielt, hinsichtlich der Technologieentwicklung und des Industriestandards im Park das Niveau der IL zu erreichen. Kurz gefasst, das Ziel war die Errichtung eines „Taiwan Silicon Valley“.

D. **Voraussetzung und Vorzugsbehandlung**: Unternehmen durften sich im Park niederlassen, wenn sie zu den strategischen Industriebranchen gehörten. Für die im Park befindlichen Unternehmen gab es außer den in der „Verordnung zur Investitionsförderung“ stehenden Steuernachlässe noch folgende Vergünstigungen:

- (1) Neu gegründete Unternehmen konnten entweder eine Einkommensteuerbefreiung oder akzelerierte Abschreibungsmöglichkeiten für Maschinenanlagen in den ersten fünf Jahren bekommen.
- (2) Nach der fünfjährigen Steuerbefreiungsfrist sollte die Einkommenssteuer nicht höher als 20% sein.
- (3) Die zur eigenen Verwendung importierten Maschinenanlagen, Rohstoffe, Brennstoffe, etc. wurden von der Importsteuer und Warenumsatzsteuer befreit.
- (4) Die zu exportierenden Güter und Dienstleistungen waren von der Warenumsatzsteuer befreit.
- (5) Patentrechte durften mit bis zu 25% der Gesamtinvestitionssumme bewertet werden.

Ausländische Investoren und Inländer im Park gleichberechtigt waren. Das bedeutet, dass auch Ausländer 100% der Aktienanteile an ihren Unternehmen behalten durften. Darüber hinaus wurden zusätzlich Forschung und Entwicklung gefördert³² sowie Aus- und Weiterbildungsprogramme für Arbeiteskkräfte den Unternehmen zur Verfügung gestellt.

E. **Entwicklungsergebnisse im HSIP**:

Durch folgende Illustrationen wird erkennbar, wie sich die Umsätze, die Produktivität, F&E-Investitionen und die Typen der Industriebranchen im HSIP entwickelten.

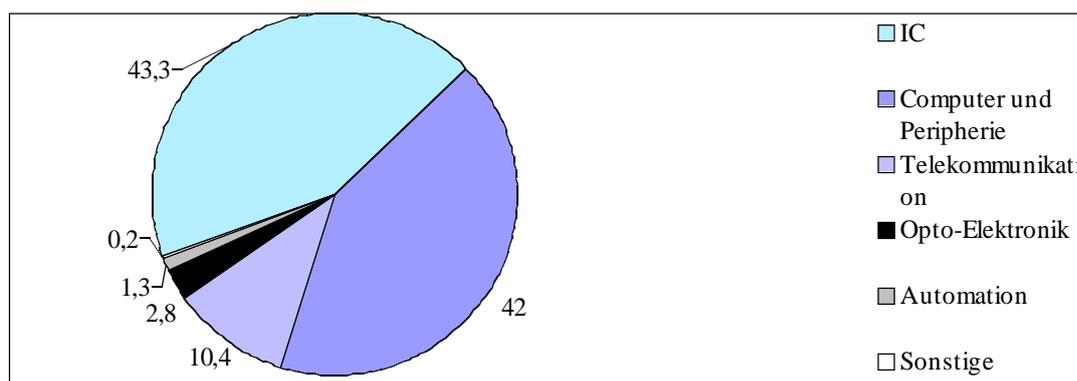
Tabelle 8-6: Umsatz und Produktivität im HSIP

³² Im Bereich Forschung und Entwicklung wurden zwischen 1986 und 1993 insgesamt 246 Projekte mit einer Gesamtsumme von 359.000.000 NTD gefördert, wobei jedes einzelne Projekt mit maximal 5 Mio. NTD subventioniert werden konnte. Vgl. Xiao, Fengxiang (1994), S. 314.

Jahr	Umsatz			Produktivität, 10.000 NTD pro Arbeitskraft	
	Zahl in (100.000.000 NTD)	Wachstumsrate (p. a. in %)	Anteil am gesamten Umsatz der produ- zierenden Industrie, in %	Im HSIP	Durchschnitt der produzierenden Industrien
1982	-	-	-	-	123
1983	30	-	0,1	84	130
1984	95	216,7	0,3	147	135
1985	105	10,5	0,3	158	130
1986	170	61,9	0,5	206	136
1987	275	61,8	0,7	223	146
1988	490	78,2	1,2	301	155
1989	559	14,1	1,3	298	171
1990	656	17,3	1,6	298	184

Quelle: Xiao Fengxiong (1994), S. 317.

Abbildung 8-6: Industriebranchen im HSIP



Quelle: Xiao Fengxiong (1994), S. 318.

Tabelle 8-7: F&E-Ausgaben im HSIP, Einheit: 100. Mio. NTD

Branchen	1986		1991		1992	
	F & E Aus- gaben	Anteil am Umsatz (%)	F & E Aus- gaben	Anteil am Umsatz (%)	F & E Aus- gaben	Anteil am Umsatz (%)
IC	2,25	6,7	14,39	6,8	19,50	6,4
Computer und Peri- pherie	6,96	5,7	20,58	6,2	15,80	4,1
Telekommunikation	1,12	12,3	4,98	3,8	5,78	5,7
Opto-Elektronik	0,18	3,0	1,32	7,3	1,78	13,3
Automation	0,35	13,1	0,60	11,4	1,33	10,5
Sonstige	0,27	5,3	0,17	3,0	0,39	8,4
Gesamt	11,13	6,4	42,04	6,0	44,58	5,4
Gesamte produzie- rende Industrie		0,47		0,94		-



Gesamte Elektrik- und Elektroindustrie		0,65		2,41		-
--	--	------	--	------	--	---

Quelle: Xiao Fengxiong (1994), S. 322.

Der auf High-tech-Industrien spezialisierte HSIP ist heute der Haupttechnologiestandort in Taiwan. Er trug seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre wesentlich zu der rasanten Entwicklung der IT- und Elektronik-Branche bei.

8.2.3.1.3 Strategie III - Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU³³

8.2.3.1.3.1 Verstärkte Automatisierungsbemühungen

Um die Produktivität der produzierenden Industrien (überwiegend KMU) zu erhöhen und auch um gleichzeitig gegen die steigenden Lohnkosten vorzugehen, wurde der „Plan zur Förderung der Produktionsautomatisierung“ vom Wirtschaftsministerium eingeführt. Eine Durchführungsgruppe wurde eingerichtet. Diese unterhielt mehrere Service- und Analysegruppen, die die Aufgabe hatten, die Fabriken hinsichtlich Möglichkeiten zur Automatisierung zu analysieren und konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

8.2.3.1.3.2 Aufbau des „Zentrale-Satellit-Produktionssystems“

Unter dem Begriff „Zentrale-Satellit-Produktionssystem“ wird eine enge Zusammenarbeit oder ein Netzwerk von Lieferanten in einem Produktions- bzw. Logistikprozess verstanden. Es lassen sich drei Typen unterscheiden:

- I. Die „backward Integration“: Das bedeutet, dass die „Zentral“-Fabrik mit einer hohen Anzahl von „Satellitenfabriken“, die Bauteile und Halbfertigwaren liefern, zusammenarbeitet. Die Funktion der „Zentral“-Fabrik ist die Zusammenführung der erhaltenen Bauteile und Halbfertigwaren. Die Automobilindustrie und die TV-Herstellung sind Beispiele für diesen Typ.
- II. Die „forward Integration“: Dieser Typ wird durch eine entgegengesetzt verknüpfte Richtung gekennzeichnet. Die Zentrale fungiert als Rohstofflieferant. Die zahlreichen kleinen Satellitenfabriken nehmen diese Rohstoffe und verarbeiten diese dann zum Endprodukt. Beispiele für diesen Typ sind die Beziehungen zwischen Stahlproduzent und metallverarbeitender Industrie oder auch die Beziehung zwischen der petrochemischen Industrie und den Herstellern von Plastikprodukten.

³³ Vgl. Li, K. T. und Chen, Muzai (1987), S. 287 und Xiao, Fengxiong (1994), Taipei, S. 327 – 334.



III. Die horizontale Zusammenarbeit: In dieser Beziehung nehmen die Satellitenfabriken die Aufgabe der Produktion wahr, während die Zentrale für die Vermarktung bzw. den Produktexport zuständig ist.

In Taiwan wurde das System im Jahre 1984 durch das „Industrial Development Bureau“ des Wirtschaftsministeriums eingeführt. Man wollte die Schwächen der durch die KMU dominierten Unternehmensstruktur bereinigen (im Jahre 1986 betrug der Anteil der KMU an der gesamten Unternehmenszahl 98,2%, der Anteil der KMU am Export entsprach 66,4%). Obwohl die KMU flexibel und sehr schnell auf Marktveränderung reagieren konnten, waren sie wegen ihrer geringen Unternehmensgröße und ihrer geringen Ressourcen in Hinsicht auf Kreditbeschaffung, Anhebung des Technik- und Managementniveaus und der Marketingmöglichkeiten benachteiligt. Es war für sie daher schwierig, sich in internationalem Wettbewerb zu behaupten.

Um diesen Schwächen entgegenzusteuern, wurde zunächst im Jahre 1965 mit der Verkündung der „Verordnung zur Investitionsförderung“ für den Zusammenschluss von KMU geworben. Allerdings erhielt diese Aktion kaum Resonanz. Im Jahre 1984 stieß das Zentrale-Satellit-Produktionssystem jedoch auf positives Echo. Denn das System bot sowohl den KMU als auch den großen Unternehmen Vorteile: Die KMU konnten sich auf die spezifische Bauteilproduktion konzentrieren, da sie stabile große Aufträge von der Zentrale bekamen. Sie konnten überdies auch das Technikniveau und die Produktionseffizienz erhöhen, da die Zentrale hierbei fördernd und unterstützend zur Seite stand. Für die Zentrale bestanden die Vorteile darin, dass sie zum einen aufgrund der Zusammenarbeit Skalenerträge realisieren und sich damit eine bessere Ausgangsposition im Wettbewerb schaffen konnten und zum anderen war es ihnen möglich, sich hauptsächlich auf die Markterschließung konzentrieren zu können, ohne von operativen Managementproblemen in Bezug auf Qualität und Produktionsinhalte belastet zu werden.

Neben der Einführung dieses Systems ergriff die Regierung flankierende Maßnahmen wie die Unterstützung der „QC“- (Quality Circle)-Bewegung, die Verleihung des „National Quality Award“, die Einführung moderner Technik, die Entwicklung moderener Managementmethoden oder die Unterstützung der Anhebung des Produktionsniveaus. Bis 1993 wurden 127 Zentrale-Satellit-Produktionssysteme installiert, inklusive Automobil-, Elektrotechnik- und Textilindustrie.³⁴

8.2.3.1.4 Strategie IV - Steigerung der öffentlichen Infrastrukturinvestition³⁵

³⁴ Vgl. Xiao Fengxiang (1994), S. 334.

³⁵ Vgl. Government Information Office (1987), S. 310 – 311.



Im Jahre 1984 wurde der Bauplan der „Fourteen Key Projects“ von der Regierung verkündet. Dieser Plan zielte darauf ab, durch die Verbesserung der Infrastruktur private Investitionen anzuregen, um damit das hohe Wirtschaftswachstum aufrechterhalten zu können.

Der Plan umfasst folgende Einzelpläne:



Tabelle 8-8: Plan der „Fourteen Key Projects“

1. Die dritte Phase der Erweiterung der Produktionskapazitäten der „China Steel Corp.“
2. Ausbau der Stromversorgung (verschiedene Entwicklungspläne zur Erschliessung von Nuklear-, Thermal- und Wasserkraft)
3. Brennstoffentwicklungsplan (Entwicklung der Öl- und Gasanwendung)
4. Modernisierung der Telekommunikationsinfrastruktur
5. Verdichtung des Eisenbahnnetzes
6. Ausbau der Autobahnverbindungen
7. Bau der Untergrundbahn in Taipei city
8. Bau des MRT (mass rapid transit)-Systems in Taipei city
9. Entwässerungsprojekte und Vorbeugungsmittel gegen Überflutung
10. Wasserressourcenerschliessungsprogramme (Reservoirbau)
11. Errichtung von Naturschutzgebieten und National-Parks
12. Verbesserung der Angebote der nationalen touristischen Freizeitgestaltung
13. Müllentsorgungsplan in urbanen Gebieten
14. Verbesserung des Gesundheitswesens

Quelle: Eigene Darstellung

Die Regierung wollte mit den Projekten den Lebensstandard in Taiwan weiter erhöhen.

8.2.3.2 Wirtschaftliche Liberalisierung und Internationalisierung

8.2.3.2.1 Strategie I - Privatisierung der Staatsunternehmen

8.2.3.2.1.1 *Die Rolle der Staatsunternehmen in der taiwanesischen Wirtschaftsentwicklung*³⁶

Die Staatsunternehmen gehörten im Rahmen der Verwirklichung des „Min Sheng Zhu Yi“ (das Prinzip der Volkswohlfahrt, siehe Kapitel 5) zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Akteuren, mit Hilfe derer die KMT-Regierung die Wirtschaftsentwicklung steuern, die sozialen Ressourcen kontrollieren, die politische Stabilität schaffen und die Regierungsmacht festigen konnte. Der Entwicklungsprozess der Staatsunternehmen in Taiwan reflektiert die Entwicklung der Rolle des Staates und die Wandlung der entscheidenden wirtschaftlichen Kräfte im Verlauf der Wirtschaftsentwicklung.

A. Die Bedeutung der Staatsunternehmen

Zwei Indikatoren veranschaulichen die Bedeutung der Staatsunternehmen in Taiwan:

³⁶ Vgl. Wu, Ruoyu (1992), S. 9 – 14.



1) Der Anteil der Kapitalbildung der Staatsunternehmen an der gesamten Kapitalbildung. Der Prozentsatz betrug 1952 42,6%, 1975 43,4%, 1980 35,2% und 1987 20,6%. Im Vergleich zu anderen Ländern war der Anteil im Jahre 1987 relativ hoch. In den USA betrug er 3,5%, in Japan 6,2%, in Norwegen 23,1% und in Indien 24,5%. Das Niveau der Kapitalbildung der Staatsunternehmen Taiwans näherte sich dem in Norwegen (sozialer Wohlfahrtsstaat) und dem in Indien (planwirtschaftlich orientierter Staat) an.

2) Der Anteil der Vermögenswerte der Staatsunternehmen (exklusive der staatlichen Kreditinstitute) an den gesamten unternehmerischen Vermögenswerten lag im Jahre 1989 bei 22,09%.

Aufgrund beider Zahlen ist verständlich, dass sich die Tätigkeiten der Staatsunternehmen in Taiwan nicht nur auf die Bereiche, in denen Marktversagen zu konstatieren war, beschränkten. Vielmehr waren die Staatsunternehmen in allen Bereichen aktiv und engagierten sich bei wichtigen Produktionsaktivitäten und bei gewinnorientierten Tätigkeiten.³⁷ Sie nahmen dadurch Einfluss auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ressourcenverteilung.³⁸

B. Beitrag der Staatsunternehmen zur taiwanesischen Wirtschaftsentwicklung

Neben den politischen Zielsetzungen spielten die Staatsunternehmen in Taiwan auch eine maßgebliche Rolle bei der Wirtschaftsentwicklung.³⁹ Sie stellten in verschiedenen Entwicklungsphasen die wichtigste Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung dar.

³⁷ Über die Tätigkeiten der Staatsunternehmen siehe Tabelle 8-9.

³⁸ Die Staatsunternehmen waren in allen Bereichen (Agrarsektor, Industriesektor, Finanz- und Dienstleistungssektor) tätig. Im Jahre 1991 lag die Anzahl der Staatsunternehmen noch bei 104.

³⁹ In Bezug auf die politischen Zielsetzungen sind folgende Punkte relevant:

- 1) Die Staatsunternehmen kontrollierten die Infrastruktur und die Versorgung mit Rohstoffen, daher kontrollierten sie den Input im Produktionsprozess. Demzufolge verfügte der Staat über die absolute Wirtschaftsmacht, was erheblich dazu beitrug die politische Macht zu sichern. (Vgl. Chen, Shimeng u. a., 1993).
- 2) Die Gewinne der Staatsunternehmen boten dem Staatshaushalt ausreichend finanzielle Mittel, um das gute Funktionieren des bürokratischen Systems mit einer angemessenen Besoldung gewährleisten zu können (bis 1990 entsprachen die Einkommen der Staatsunternehmen 10 - 25% der Staatseinnahmen bzw. 50% des Steueraufkommens). Die Stellen in Staatsunternehmen dienten auch als Prämien oder Zukunftsgarantien für Technokraten, damit sie treu der Regierung gegenüber blieben und die Stabilität der Politik gewährleistet werden konnte (vgl. Clark, 1988; Davis und Ward, 1990).
- 3) Staatskapital konnte ausländisches Fremdkapital ersetzen, womit die nationale wirtschaftliche Unabhängigkeit unterstützt werden konnte. (vgl. Amsden, A.H., 1985).
- 4) Die Staatsunternehmen dienten als ein Symbol für die Verwirklichung der Ideologie (Min Sheng Zhu Yi) in der Wirtschaftspolitik (vgl. Wu, Ruoyu, 1990).



Tabelle 8-9: Die Funktionen der Staatsunternehmen in verschiedenen Entwicklungsphasen

Entwicklungsphase	Hauptfunktionen der Staatsunternehmen
50er Jahre: Importsubstitutionsphase	<ul style="list-style-type: none">• Betrieb der infrastrukturbezogenen Geschäfte: Wasser-, Stromversorgung, Verkehrsunternehmen, Öl-, Benzingeschäft u. a. wurden allein vom öffentlichen Sektor betrieben.• Betrieb der maßgeblichen Industriebranchen: Die Zuckerindustrie und die Düngemittelherstellung wurden von der Regierung monopolisiert.• Verteilung der begrenzten Ressourcen: Die Mittel der US-Aid wurden durch die Staatsmacht zwischen dem Agrarsektor und dem Industriesektor verteilt, wodurch einer von der Ressourcenknappheit ausgehenden Krise vorgebeugt wurde. <p>⇒ <u>Ziel: Errichtung der Importsubstitutionsindustriestrukturen</u></p>
60er Jahren: Exportexpansionsphase	<ul style="list-style-type: none">• Aufbau des Finanzsektors: Der Finanzsektor wurde von der Zentralbank und den der Regierung gehörenden Kreditinstituten vollkommen kontrolliert.⁴⁰ <p>⇒ <u>Ziel: Befriedigung der inländischen Kapitalnachfrage zur Schließung der Kapitallücke, die aufgrund der Einstellung der US-Aid entstanden ist.</u></p>
70er Jahren: Zweite Importsubstitutions- und Exportexpansionsphase	<ul style="list-style-type: none">• Errichtung der „Ten Major Construction Projects“: Die maßgebenden Infrastrukturen und die Schwerindustrien wurden von der Regierung durchgeführt. <p>⇒ <u>Ziel: Ankurbelung der sich abkühlenden Konjunktur, Errichtung der fortgeschrittenen Importsubstitutionsindustrien, Schaffung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit</u></p>

Quelle: Eigene Darstellung

8.2.3.2.1.2 Anlässe zur Privatisierung der Staatsunternehmen⁴¹

⁴⁰ Die Struktur des Finanzsektors wird in 8.2.3.2.2.1 behandelt.

⁴¹ Wu, Ruoyu (1992), Taipei.



Die Staatsunternehmen sahen sich seit 1980 einem neuen Umfeld ausgesetzt, das völlig anders war als in den 50er, 60er und 70er Jahren. Diese neue Umgebung wurde von der politischen Demokratisierung, der wirtschaftlichen Liberalisierung und der gesellschaftlichen Öffnung geprägt. Dabei wurde die Monopolmacht des Staates sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich stark kritisiert und herausgefordert. Am Ende musste sich das autoritäre System diesen neuen Gegebenheiten unterordnen und anpassen. Dazu gehörte auch die Privatisierung der Staatsunternehmen.

Vier Anlässe ließen die Privatisierung in Gang kommen:

1. Ineffizienz der Staatsunternehmen: Obwohl die Staatsunternehmen bedeutende Beiträge zur Wirtschaftsentwicklung Taiwans leisteten, verfestigte sich eine durch Bürokratie, mangelnde Anreize, hohe Kosten und andere Faktoren bedingte betriebliche Ineffizienzen
2. Ausdehnung der privaten Macht: Zum einen stieß die bis zu jenem Zeitpunkt dauernde vertikale Arbeitsteilung im Produktionsprozess zwischen Staatsunternehmen und Privatunternehmen (die Staatsunternehmen lieferten Rohstoffe und kontrollierten die Kreditvergaben; die Privatunternehmen durften sich nur in nachgelagerten Industriebranchen engagieren und waren vom öffentlichen Sektor abhängig) wegen der wachsenden Unternehmertätigkeiten auf großen Widerstand. Im Jahre 1986 kritisierte Wang, Yongqing, Chef des größten Privatunternehmens in Taiwan (Formosa Plastics Corporation), auf dem „Komitee für Wirtschaftsreform“ scharf die Ineffizienz der Staatsunternehmen. Da die Ineffizienz der Staatsunternehmen großen Schaden bei Privatunternehmen angerichtet habe, seien infolgedessen die privaten Investitionen zurückgegangen. Er forderte dazu auf, die Marktregulierung abzuschaffen, die Beteiligung der Privatwirtschaft in einigen Bereichen, inklusive des Finanzsektors, zu erlauben und die Interventionen in den Wirtschaftsprozess zu senken. Zum anderen stieg das Verbraucherbewusstsein. Viele Konsumenten nahmen die bescheidene Produktqualität und das Preismonopol der Staatsunternehmen nicht mehr klaglos hin. Sie forderten ein besseres Verhältnis zwischen Preis und Qualität.
3. Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Atmosphäre: Die Oppositionspartei appellierte an die KMT-Regierung, auf das mit Staatskapital verbundene Entwicklungsmodell der Wirtschaft zu verzichten. Das Ziel war die Schaffung echter Konkurrenz zwischen den politischen Parteien.⁴² Darüber hinaus wurden die Gewerkschafts- und die Umweltschutzbewegungen stärker. Gleichzeitig trieben die immer häufiger auftretenden Streiks die Kosten der Staatsunternehmen in die Höhe.

⁴² Die große Überschneidung zwischen Staatskapital und KMT-Parteikapital wurde am meisten gerügt. Vgl. Chen, Shimeng u. a. (1991).



4. Druck aus den USA: Zur Veränderung Taiwans in den 80er Jahren trugen die USA wesentlich bei. In politischer Hinsicht zeigte sich die US-Regierung nach dem „Zwischenfall Formosa“ sehr besorgt über die Menschenrechtsverletzungen in Taiwan. Sie setzte die KMT-Regierung direkt und indirekt unter Druck, das politische Monopol abzuschaffen. In Bezug zum Außenhandel bevorzugte das US-Parlament die Reziprozität. Die Reziprozität beinhaltet, dass die Handelspartner protektionistische Maßnahmen aufheben und den US-Produkten eine gerechte Vermarktungschance bieten sollten (Marktöffnung). Ansonsten drohten die USA an, Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen.

Die vor dieser Konstellation stehende KMT-Regierung stellte fest, dass es notwendig sei, eine grundlegende Veränderung in der Wirtschaftspolitik einzuführen. Die Maßnahmen dazu sind „Liberalisierung, Internationalisierung und Institutionalisierung“. Auf dem „Komitee für Wirtschaftsreform“ wurde das Monopol der Staatsunternehmen überprüft, woraufhin die Privatisierung der Staatsunternehmen in Gang gesetzt wurde.

8.2.3.2.1.3 Ergebnisse der Privatisierung⁴³

Tabelle 8-10 stellt die Ergebnisse der Durchführung der Privatisierung der wichtigsten Staatsunternehmen dar.

Tabelle 8-10: Überblick über die Privatisierung der Staatsunternehmen in Taiwan (Stand: Januar 1998)

Ehemalige Verwaltungsbehörde	Name des Unternehmens	Privatisierungsdatum	Methode der Privatisierung
Wirtschaftsministerium	• Chinese Petroleum Corp.	20.06.1994	Verkauf von Aktienanteilen. Der von der öffentlichen Hand gehaltene Anteil sank auf 18,87%.
	• China Steel Corp.	12.04.1995	Verkauf von Aktienanteilen. Der von der öffentlichen Hand gehaltene Anteil sank auf 40,4%.
Finanzministerium	• China Product Insurance Corp.	05.05.1994	Verkauf von Aktienanteilen. Der von der öffentlichen

⁴³ Vgl. CEPD, ROC (1998), Vorantreibung der Privatisierung der Staatsunternehmen (tuidong gongying shiye minyinghua), <http://cepd.spring.org.tw/Mission/Private/> [Zugriff am 07.11.1998]; Zhou, Tiancheng (1998).



Verkehrsministerium			Hand gehaltene Anteil sank auf 36,36%.
	<ul style="list-style-type: none">• Yang-ming Marine Transportation Corp.	15.02.1996	Verkauf von Aktienanteilen. Der von der öffentlichen Hand gehaltene Anteil sank auf 45,04%.
Taiwan Provinz Regierung	<ul style="list-style-type: none">• Chang-hua Bank	01.01.1998	Verkauf von Aktienanteilen. Der von der öffentlichen Hand gehaltene Anteil sank auf 30,72%.
	<ul style="list-style-type: none">• Hua-nan Bank	22.01.1998	Verkauf von Aktienanteilen. Der von der öffentlichen Hand gehaltene Anteil sank auf 41,26%.
	<ul style="list-style-type: none">• First Bank	22.01.1998	Verkauf von Aktienanteilen. Der von der öffentlichen Hand gehaltene Anteil sank auf 42,10%.
	<ul style="list-style-type: none">• Taiwan Middle-small Enterprises Bank	22.01.1998	Verkauf von Aktienanteilen. Der von der öffentlichen Hand gehaltene Anteil sank auf 40,96%.

Quelle: CEPD, ROC (1998), Vorantreibung der Privatisierung der Staatsunternehmen (tuidong gongying shiye minyinghua), <http://cepd.spring.org.tw/Mission/Private/pro5.html> [Zugriff am 07.11.1998]

Da das Vermögen und der Betriebsumfang der Staatsunternehmen extrem groß war, wirkte sich die Privatisierung zum einen auf die Einkommensverteilung aufgrund des Verkaufes der Aktienanteile und zum anderen auf die Erwerbstätigkeit der Mitarbeiter bei Staatsunternehmen stark aus. Damit der Prozess unter einer gerechten Gesetzgebung vollendet werden konnte, musste er behutsam vorangetrieben werden. Allerdings unterlag die Privatisierung der Staatsunternehmen klaren politischen Vorgaben. Die meisten Staatsunternehmen⁴⁴ sollten erst nach und nach privatisiert werden.

⁴⁴ Ausnahmen bildeten z. B. die „Central Bank of China“, die „Export-Import Bank of Republic of China“, die „Central Deposit Insurance Corp.“ und das „National Bureau of Controlled Drugs“. Sie werden in absehbarer Zeit (bis 2005) nicht privatisiert.



Zur Privatisierung zählen neben dem Verkauf der Aktienanteile noch der Verkauf des Vermögens und die Neugründung von Privatunternehmen durch Joint Ventures mit Privaten. Auch Schließungen fanden statt.

8.2.3.2.2 Strategie II - Liberalisierung und Internationalisierung des Finanzsektors und der Finanzmärkte⁴⁵

8.2.3.2.2.1 *Struktur des Finanzsystems in Taiwan*

A. Überholtes Finanzsystem

Tabelle 8-11: Finanzsystem in Taiwan (Stand: 1998)

⁴⁵ Vgl. Taxation and Tariff Commission, Ministry of Finance, ROC (1998); Zhou, Tiancheng (1995); Li, Yongsan und Chen, Shangcheng (1984); Yuan, Yingsheng (1984), S. 81 – 92; Liang, Guoshu und Hou, Jinying (1990); Lai, Yingzhao (1997); Hou, Jinying (1994); Liang, Guoshu (1994); Liu, Jinqing u. a. (1993); Liu, Jingqing u. a. (1988); Qiu, Zhengxiang und Cai, Huimei (1994).



Finanzsystem	Offiziell organisiertes Finanzsystem	Finanzministerium (zuständig für die Überwachung des Finanz- und Versicherungssystems)	<i>Finanzsektor</i>	Monetäre Institutionen	Geschäftsbanken	Einheimische Banken: öffentliche Banken (H: 12, F: 945)* Privatbanken (H: 27, F: 740) Ausländische Banken (H: 45, F: 69)
					Depositenbanken	Die Depositenabteilung in allen Geschäftsbanken
					Banken mit spezifischem Finanzierungszweck	Industriebanken (z. B. The Chiao Tung Bank)
						Agrarbanken (z. B. The Farmers Bank of China)
						Immobilienbanken (z. B. The Landbank)
						Export und Importbanken (z. B. The Export-Import Bank of Republic of China)
						KMU-Banken (H: 8, F: 491)
					kommunale finanzielle Institutionen	Kreditgenossenschaft (H: 64, F: 505)
						Kreditabteilung des Bauernverbandes (H: 287, F: 943)
						Kreditabteilung des Fischerverbandes (H: 27, F: 48)
sonstige	The Central Trust of China					
Finanzsystem	Offiziell organisiertes Finanzsystem	Zentralbank (zuständig für die Geldpolitik)	<i>Finanzsektor</i>	Sonstige finanzielle Institutionen	Sparen im Postsystem	Poststelle: 1276, Postagent: 251
					Investment und Trust Corp.	(H: 5, F: 61)
					Versicherungsinstitutionen	Lebensversicherungsunternehmen: Einheimische Unternehmen (H:16, F:99) Ausländische Unternehmen (17)
						Nicht-Lebensversicherungsunternehmen: Einheimische Unternehmen (H:16, F:122) Ausländische Unternehmen (28)
						Central Reinsurance Corp.
						Central Deposit Insurance Corp
					Depositen Versicherungsinstitution	Central Deposit Insurance Corp
					Kredit Garantie Fonds	Medium and Small Business Credit Guarantee Fund; Agriculture Credit Guarantee Foundation



Quelle: Taxation and Tariff Commission, Ministry of Finance, ROC (1998), S. 48; Zhou, Tiancheng (1995), Abbildung 1; Li, Yongsan und Chen, Shangcheng (1984), Abbildung 1.

*: H: Hauptsitz, F: Filiale

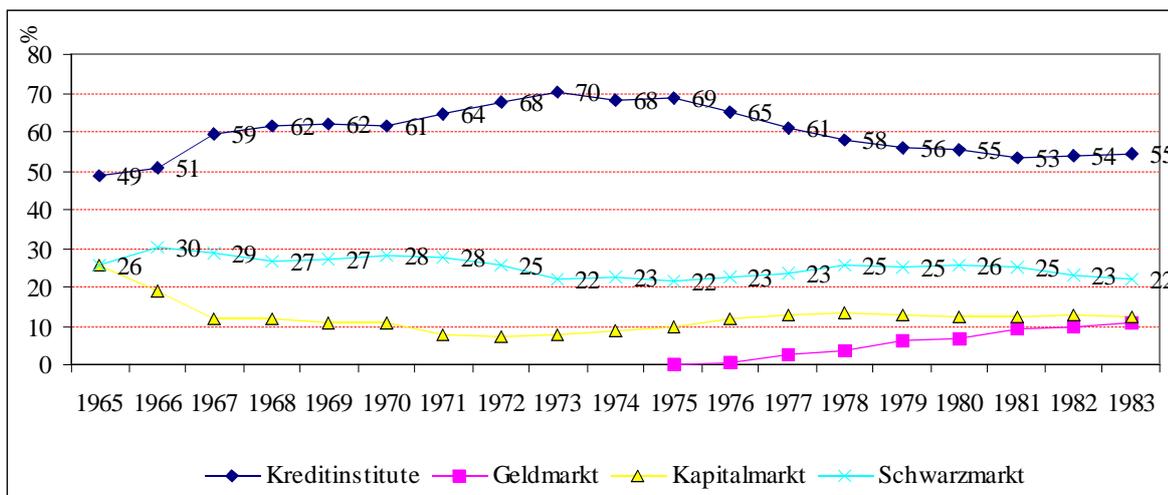
Tabelle 8-11 bietet eine Übersicht über das Finanzsystem Taiwans im Jahre 1998. In der Tabelle werden die Institutionen, die vor der finanziellen Liberalisierung bereits bestanden, markiert. Darunter werden die vom öffentlichen Sektor betriebenen Institutionen durch die dunkleren Markierungen gekennzeichnet, während die helleren Markierungen die von privater Hand betriebenen Institutionen darstellen. Dabei ist zweierlei bemerkenswert:

1. **Den Finanzsektor herrschten die Banken.** Darunter überwiegend die öffentlichen Banken. Die Privaten durften nur im kommunalen Bereich oder für die KMU finanzielle Dienstleistungen erbringen. In den Bereichen „Investment and Trust Corp.“ und „Versicherungsinstitutionen“ wurde der Markt im Jahre 1970 bzw. 1962 teilweise geöffnet, d. h., neben dem öffentlichen Sektor wurde einigen Privatunternehmen, die die Lizenz von der Regierung bezogen, genehmigt, Geschäfte in diesen Bereichen auszuüben.
2. **Die Finanzmärkte waren vor den 80er Jahren unzureichend entwickelt.** Obwohl die „Taiwan Stock Exchange Corp.“ bereits im Jahre 1961 gegründet wurde, wurde die erste „Securities Finance Company“ erst im Jahre 1980 gegründet. Die Gründung privater „Securities Operators“ wurde erst im Jahre 1988 genehmigt. Der Geldmarkt wurde im Jahre 1976 aufgrund von Anregungen von Wirtschaftswissenschaftlern installiert. Allerdings waren die Marktteilnehmer lediglich drei öffentliche „Bills Finance Corps.“, öffentliche Banken und die Zentralbank. Interbankentransaktionen und der Devisenmarkt standen ebenso, bedingt durch die Bankstruktur, unter die Kontrolle der Regierung.

Dieses Finanzsystem konnte seit den 80er Jahren nicht mehr der sich verändernden Wirtschaftssituation entsprechend wachsen. Der enorme Sparüberschuss wies darauf hin, dass die Vermittlung zwischen Sparen und Investieren nicht allein durch dieses Bankensystem erfüllt werden konnte. Sparer brauchten vielfältigere Investitionskanäle. Unternehmer hingegen brauchten wiederum viel effizientere institutionelle Finanzintermediäre und Finanzmärkte. Hierdurch wurden die im folgenden Abschnitt zu behandelnden Probleme des Finanzsystems wie z. B. die langjährige funktionale Ineffizienz der öffentlichen Banken, deren Praktiken bei der Kreditzuteilung oder der Dualismus in der Unternehmensfinanzierung offenbar.

B. Probleme im Finanzsystem

Abbildung 8-7: Finanzquellen der taiwanesischen Unternehmen (bis 1983)



Quelle: Li, Yongsan und Chen, Shangcheng (1984), Tabelle12.

Abbildung 8-7 zeigt deutlich den Dualismus in der Finanzierung. Taiwanesishe Unternehmen finanzierten sich zu ca. 54% über Kreditinstitute. Der Anteil des Schwarzmarktes betrug Anfang der 80er Jahre immerhin noch zwischen 22% und 26%. Der Umfang der Schwarzmarktkredite umfasste ca. 46,8% der Kreditmasse der offiziellen Kreditinstitute. Analysiert man den Unterschied der Finanzierungsquellen zwischen Staatsunternehmen und Privatunternehmen näher, so zeigt sich der Finanzierungsdualismus im Privatsektor noch deutlicher. Staatsunternehmen bezogen ca. 72% ihrer Kredite von Kreditinstituten und 21% vom Kapitalmarkt, während sich Privatunternehmen zu 47% über Kreditinstitute und zu 31% über den Schwarzmarkt finanzierten. Die Staatsunternehmen erhielten, gestützt durch die Staatsmacht, vergünstigte Kredite von den öffentlichen Banken. Private Unternehmen mussten sich häufiger über inoffizielle Finanzierungskanäle ihre Kredite beschaffen.

Die Ineffizienz der Kreditverteilung wurde schon über eine längere Zeit hinweg bemängelt. Der Schwarzmarkt konnte sich wegen der niedrigen offiziellen Zinssätze für Bankeinlagen in den 80er Jahren gut entwickeln. Illegale „Investitionsgesellschaften“ konnten durch das Angebot extrem hoher Zinssätze (4% pro Monat) große Geldmengen anhäufen und damit an der prosperierenden Börse bzw. auf dem Immobilienmarkt spekulieren. Der Bankrott einer großen Investitionsgesellschaft namens „Hongyuan“ im Jahre 1987, der zahlreiche Investoren in Mitleidenschaft zog, zeigt mit auf, dass die im Finanzsystem anzuhenden Themen wie die Schaffung einer gerechten Wettbewerbsordnung im Finanzsektor, die Aufhebung des Schwarzmarktes, die Verbesserung des Geld- und Kapitalmarktes und die Modernisierung des Bankengesetzes un-



verzüglich in Angriff genommen werden sollten. Das Konzept zur Lösung der Probleme wurde in einer breit angelegten Liberalisierung gesehen.

8.2.3.2.2.2 *Zinsliberalisierung*

Die Reform der Zinssätze im Jahre 1980 (siehe 7.2.3.2.1) ist als Teilliberalisierung zu charakterisieren. Im März 1985 wurde die Zinsliberalisierung weiter vorangetrieben, indem die Zentralbank den zehn Hauptgeschäftsbanken die Festsetzung der Zinssätze für Bankkredite überließ. Im November 1985 wurde die „Verordnung zur Zinsregulierung“ abgeschafft. Die Regelung, wonach der Höchstsatz für Einlagenzinsen nicht den niedrigsten Kreditzinssatz übertreffen durfte, wurde aufgehoben.

Im Jahre 1986 wurden die Zahl von 13 verschiedenen Höchstzinssätzen für Bankeinlagen auf vier reduziert.

Im Juli 1989 wurde das Bankengesetz modifiziert. Dabei gelang eine völlige Zinssatzliberalisierung: Die Regulierung von Höchst- und Niedrigstzinssätzen bei Spareinlagen und Bankkrediten wurde aufgehoben.

8.2.3.2.2.3 *Modifizierung des Bankengesetzes*

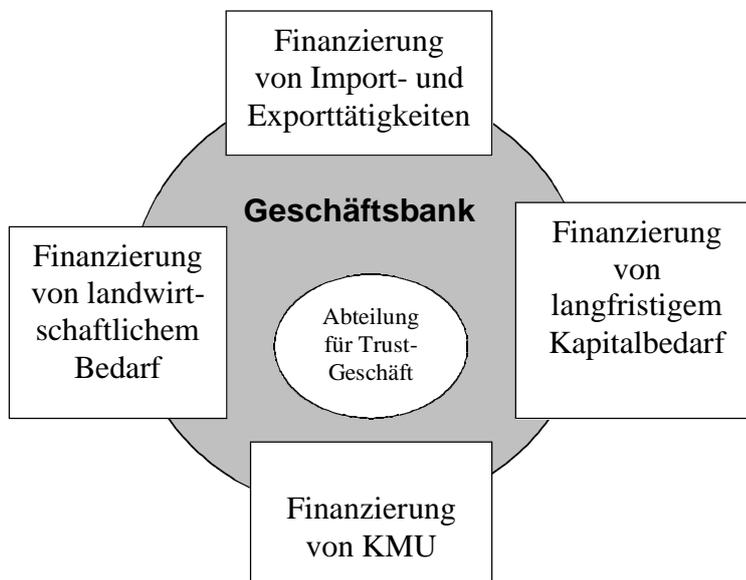
Die Revidierung des Bankengesetzes (Banking Law) im Juli 1989 führte zur Liberalisierung der Bankgeschäfte. Die Schwerpunkte des revidierten Bankengesetzes waren:

1. Die Gründung von Privatbanken wurde erlaubt.
2. Die Regulierung der Bankeinlagezinssätze und der Bankkreditzinssätze wurde aufgehoben.
3. Den Banken wurde erlaubt, die im Gesetz neu genannten Geschäfte zu betreiben (z. B. Trust Investment, Wertpapiertransaktion u. a.).
4. Verbesserung der Kapitalstruktur der Banken. Die jeweiligen Privatpersonen durften höchstens bis zu 5% der Aktienanteile von Banken halten, während der Anteil juristischer Personen auf höchstens 15% begrenzt wurde. Der Eigenkapitalanteil der Banken sollte mindestens bei 8% der Risikoaktiva liegen. Das Kriterium entsprach dem von der BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) festgesetzten Wert.
5. Illegale Investitionsgesellschaften wurden unter Strafe gestellt, um die finanzielle Stabilität und Sicherheit gewährleisten zu können.

Nach der Revidierung des Bankengesetzes entwickelte sich das Bankensystem in Taiwan eher zum „Universalbankensystem“, obwohl das Gesetz im Prinzip drei unterschiedliche Banktypen

(Geschäftsbanken, Depositenbanken, Banken mit spezifischen Finanzierungszwecken) vorschrieb. Abbildung 8-8 legt den Geschäftsumfang der Geschäftsbanken dar.

Abbildung 8-8: Betriebsumfang der Geschäftsbanken nach der Liberalisierung



Quelle: Liang, Guoshu und Hou, Jinying (1990), Abbildung 1.

Daraus geht hervor, dass die Grenze zwischen den unterschiedlichen Banken nicht mehr so deutlich war. Den Geschäftsbanken war sogar erlaubt, sich am langfristigen Kapitalmarkt zu beteiligen.

8.2.3.2.2.4 Modifizierung des Wertpapiertransaktionsgesetzes (Securities Transcation Law)

Im Januar 1988 wurde im Zuge des Fiebers auf dem Börsenmarkt und der Aufforderung der USA zur Öffnung des Dienstleistungsmarktes das Wertpapiertransaktionsgesetz revidiert. Dabei wurde darauf abgezielt, erstens die Sicherheit der Aktieninvestoren zu gewährleisten und zweitens einen offenen und besser funktionierenden Wertpapiermarkt zu gestalten. Die Revidierung des Gesetzes war der Auftakt zur Liberalisierung des Kapitalmarktes.

Die Schwerpunkte der Revidierung wurden durch folgende Punkte gekennzeichnet:

1. Vermehrung der auf dem Börsenmarkt umlaufenden Aktienmenge: 10% der neu emittierten Aktien mussten auf dem offenen Markt versteigert werden.
2. Schaffung von Transaktionstransparenz.
3. Verbot von Insider-Handel.
4. Lockerung der Kriterien zur Gründung von „Securites Companies“ bzw. – „Operators“.



5. Gestattung von Niederlassungen von ausländischer „Securites Companies“ in Taiwan und Billigung von Joint Ventures zwischen ausländischen und einheimischen „Securites Companies“.

8.2.3.2.2.5 *Aufhebung der Devisenbewirtschaftung*

A. Hintergründe der Aufhebung der Devisenbewirtschaftung

Die Exportorientierung, die Devisenbewirtschaftung und die Benachteiligung von Importen zwischen 1950 und 1980 führten als Konsequenz zu den enormen Devisenreserven in den 80er Jahren. In der Folge kam es wegen der gigantischen Devisenreserven zum Handelskonflikt mit den USA und zu einem steigenden Zufluss von Devisen auf den Devisenmarkt aus Spekulationsgeschäften. Zu einem großen Verlust der Zentralbank an Devisenreserven kam es beim Kampf gegen die Spekulation gegen den NTD-Kurses⁴⁶. Die Regulierung wurde zur Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität und einer wirksamen Geldpolitik. Diese Situation forderte die Regierung heraus, ihre merkantile Einstellung der Anhäufung von Devisen durch andauernde Handelsüberschüsse zu korrigieren.

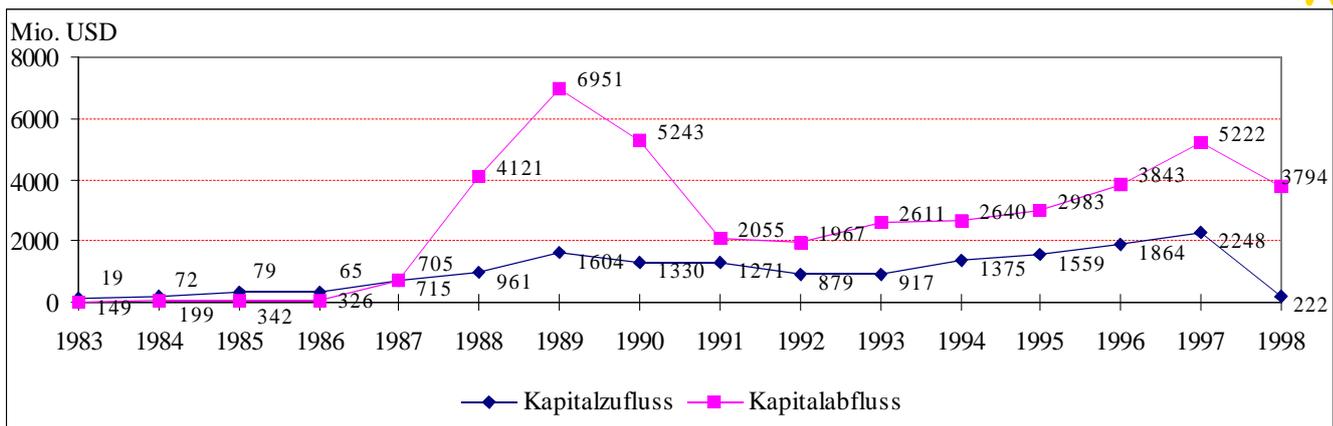
B. Revision der „Verordnung zur Devisenbewirtschaftung“

Im Juli 1987 wurde die Devisenbewirtschaftung abermals gelockert. In Hinsicht auf Güter- und Dienstleistungstransaktionen wurde die Devisenbewirtschaftung vollkommen abgeschafft (d.h. die Regulierung auf „current account“ in der Zahlungsbilanz wurde gestrichen). Bei der Regulierung von Kapitaltransaktionen („capital account“) wurde vom Prinzip der „Kapitalabflusskontrolle“ zum Prinzip der „Kapitalzuflusskontrolle“ gewechselt. Private durften maximal 500 Mio. USD pro Jahr kaufen und ins Ausland überweisen bzw. dort investieren. Die Zentralbank verzichtete auf die Verwendungskontrolle. Dagegen wurde den Privaten erlaubt, lediglich 50.000 USD pro Jahr ins Inland zu überweisen.

Das war der erste Schritt zur Liberalisierung der Kapitaltransaktion zwischen In- und Ausland. Dahinter steckte auch das Ziel, für das große Inlandskapital einen Investitionskanal ins Ausland zu schaffen. Abbildung 8-9 verdeutlicht einen sprunghaften Zuwachs des Kapitalabflusses seit den Lockerungsmaßnahmen.

Abbildung 8-9: Kapitalzu- und abfluss in den 80er und 90er Jahren

⁴⁶ Weil die Zentralbank einerseits einen höheren Wechselkurs des USD zum NTD aufrechterhalten wollte, musste sie auf dem Devisenmarkt ständig US-Dollar kaufen. Andererseits floss dieses „hot money“ nach ausreichender Aufwertung des NTD wieder aus Taiwan ab.



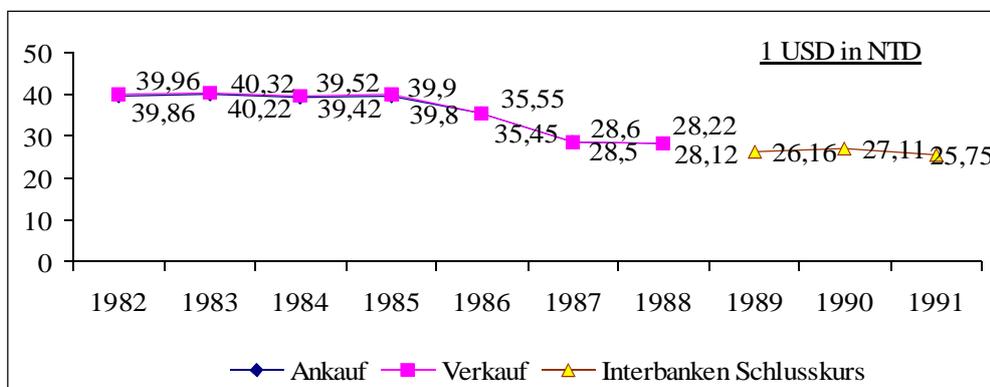
Quelle: CEPD, ROC, Taiwan Statistic Data Book 1999, Taipei.

C. Flexibilisierung des Wechselkurses

Zwischen 1982 und 1989 wurde ein sogenanntes „gewichtetes Durchschnittswchselkurssystem“ angewandt. Der aktuelle Wechselkurs basierte auf dem vortägigen gewichteten Durchschnittswchselkurs bei Bankentransaktionen und durfte sich auf einer Bandbreite von +/- 2,25% einpendeln. Dieser Vorgang konnte die Geschwindigkeit der Wechselkursaufwertung drosseln. Diese einseitige Wechselkursmanipulation wurde jedoch längere Zeit schon von Spekulanten durchschaut. Sie konnten davon stark profitieren. Um diese Verzerrung zu korrigieren, ließ die Zentralbank im April 1989 das o. g. System abschaffen und ließ einen liberaleren Devisenmarkt zu. Unter diesem neuen System vollzogen sich die Wechselkursverhandlungen direkt zwischen Banken und Privaten, wenn das Transaktionsvolumen über 30.000 USD hinausging. Andernfalls wurde der Wechselkurs und dessen Schwankungsbreite von neun Banken (5 benannten Banken und 4 Auslandsbanken) bestimmt.

Abbildung 8-10 stellt die Veränderung des Wechselkurses dar.

Abbildung 8-10: Wechselkursentwicklung in den 80er Jahren



Quelle: CEPD, ROC, Taiwan Statistic Data Book 1999, Taipei.



Durch die Liberalisierung musste sich der Export ohne Preisvorteil auf dem internationalen Markt behaupten.

8.2.3.2.2.6 *Internationalisierung des Finanzsystems*

Die Tendenz zur Entwicklung eines internationalisierten Finanzsystems in Taiwan war nicht aufzuhalten. Die entsprechenden Bedürfnisse dazu waren seit den 80er Jahren vorhanden.

Das Bedürfnis nach einer internationalen Ausgestaltung des Finanzsystems war wegen der zunehmenden transnationalen Unternehmenstätigkeiten stark gewachsen. Immer mehr taiwanische Unternehmen errichteten ihre Filialen im Ausland und umgekehrt ließen sich auch vermehrt ausländische Unternehmen mit ihren Geschäftsstellen in Taiwan nieder. Um die Geschäfte ungehindert betreiben zu können, ist ein reibungsloser Kapitalverkehr erforderlich. Die hohe Sparneigung der Taiwaner, die Entwicklung der Telekommunikations- und Informationstechnik und die weltweite finanzielle Liberalisierung können als weitere Ursachen der Internationalisierung des Finanzsystems Taiwans angesehen werden.

Die Internationalisierung des Finanzsystems in Taiwan ist unter zwei Aspekten zu betrachten: A) die Internationalisierung des Finanzsektors und B) die Internationalisierung des Finanzmarktes.

A) **Internationalisierung des Finanzsektors**: Auf der einen Seite wurde seit 1988 die Zahl der im Ausland befindlichen Bankfilialen bzw. Vertretungen der heimischen Geschäftsbanken nicht mehr vom Finanzministerium reguliert. Auf der anderen Seite wurden die Betriebsbeschränkungen ausländischer Kreditinstitute in dem neuen revidierten Bankengesetz in großem Maße reduziert: Die Obergrenze der Zahl der ausländischen Bankfilialen bzw. Vertretungen wurde weiter gelockert. Die Geschäftstätigkeiten dieser ausländischen Kreditinstitute konnten von nun an von der traditionellen Bankeinlage und -kreditvergabe, über das Trust-Geschäft bis zur Einführung neuer finanzieller Produkte (wie SWAP transaction) erweitert werden.⁴⁷

B) **Internationalisierung des Finanzmarktes**: Was den Devisenmarkt betrifft, ist seit 1984 das „OBU“-Geschäft (offshore Banking Unit) gestattet. Die benannten Banken durften die Devisentransaktionen direkt mit Ausländern betreiben. Um kurzfristig ausländische Währungen für die benannten Banken und Unternehmen bereitstellen zu können, wurde der Taipei-Interbankmarkt zum Handel ausländischer Währungen errichtet. In Hinsicht auf den Kapitalmarkt ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen: Im Jahre 1989 wurde den Staatsun-

⁴⁷ Diese Deregulierung ging auch vom Druck der USA aus. Die US-Regierung forderte mit Nachdruck dazu auf, die ausländischen Kreditinstitute in Taiwan wie die einheimischen zu behandeln (national treatment). Vgl. Niehuss, J.M (1989), S. 7 – 8.



ternehmen und den Privatunternehmen erlaubt, Schuldverschreibungen von Unternehmen im Ausland zu emittieren. Im Jahre 1990 wurde den ausländischen „Securities Investment Trust Companies“ in Taiwan erlaubt, Investitionsgeschäfte auszuüben. Im Jahre 1991 wurde die „Taiwan Depositary Receipt“ (TDR) auf dem Kapitalmarkt in Umlauf gebracht; dadurch konnten die Bewohner Taiwans direkt an ausländischen Börsen notierte Aktien kaufen. 1992 begann die Transaktion von „Global Depositary Receipt“ (GDR); dadurch wurde es Ausländern erlaubt, taiwanesishe Aktien zu kaufen. Seit Juli 1992 ist der An- und Verkauf ausländischen Futures zulässig.

Bei dieser Öffnung des Finanzsystems orientierte sich Taipei an einem regionalen Finanzierungszentrum (regional funding center) im Asien-Pazifikraum.⁴⁸

8.2.3.2.3 Strategie III - Liberalisierung des Außenhandels⁴⁹

Angesichts der gigantischen Handelsüberschüsse gegenüber den USA wurde die Regierung Taiwans von der US-Regierung unter Druck gesetzt. Um ein Handelsgleichgewicht zu schaffen, wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

1. **Beschränkung des einheimischen Exportes und Herabsetzung der Exportförderungsmittel:** Das Exportvolumen von Stahlprodukten und Werkzeugmaschinen wurde von der Regierung Taiwans beschränkt. Die in der EVZ hergestellten Produkte wurden statt auf dem amerikanischen Markt, verstärkt auf dem inländischen Markt, abgesetzt. Die Kategorie von Produkten, die durch Importsteuerrückzahlung im Falle des Weiterexports begünstigt wurden, wurde verringert. Die Förderungsmittel für den Export wurden gekürzt.
2. **Marktöffnung:** Hierbei wurden zwei Schritte unternommen.
 - a. Reformierung der Zölle: Einerseits wurden die Zollsätze ab 1986 dauerhaft reduziert. Tabelle 8-12 zeigt die Senkung der Zölle deutlich auf. Andererseits stieg die Zahl der von der Importsteuer befreiten Produkte stark an.

Tabelle 8-12: Entwicklung der Importzollsätze und Veränderung der Verzollungsregelung beim Güterimport

Jahr	Zolleinnahme (Mio. NTD)	Durchschnittliche Nominalzollsätze (%)		Durchschnittliche Realzollsätze (%)**	Revision der Verzollungsregelung (Zahl der Produkttypen)		
		Norma- ler Zoll- satz*	Vorzugs- zollsät- ze*		Steuernachlass	Steuerbefreiung	Steuerzunahme

⁴⁸ Details darüber siehe die Ausführungen in Kapitel 9 (9.4.5).

⁴⁹ Vgl. Xiao, Fengxiong (1994) und Liu, Jingqing u. a. (1993).

1980	57.003	35,96	31,17	9,0	1.604	23	10
1981	57.781	35,96	31,17	7,5	Keine Veränderung		
1982	56.323	35,95	31,04	7,6	144	0	124
1983	55.570	35,95	31,04	7,6	Keine Veränderung		
1984	67.622	35,95	30,81	7,8	281	2	23
1985	66.873	32,79	26,46	7,9	1.058	35	1
1986	63.838	31,77	22,83	7,7	777	28	11
1987	76.267	25,83	20,60	7,5	1.699	15	6
1988	78.583	14,33	12,10	6,2	3.313	154	0
1989	89.387		12,57	6,3	4.545	155	0
1990	81.879		9,65	5,9	Keine Veränderung		
1991	79.269		9,65	5,0	Keine Veränderung		
1992	88.429		8,89	5,2	1.492	279	18

Quelle: Xiao, Fengxiong (1994), Tabelle 4-1-2.

*Die Nominalzollsätze in der zweiten Spalte sind Vorzugszollsätze. Für die Länder, die keinen gegenseitigen Begünstigungsvertrag mit Taiwan abgeschlossen haben, gelten die Zollsätze in der ersten Spalte.

**Realzollsatz = Importsteuer/ Gesamter Importwert

- b. **Aufhebung des Importverbotes:** Die Einfuhr von amerikanischen Zigaretten und amerikanischem Alkohol ist seit 1988 möglich. In diesem Jahr war es nun möglich 98,3% des gesamten Produktsortiments zu importieren.
3. **Reduzierung der Konzentration auf die USA als Export-Markt:** Die Regierung versuchte, den Dreieckshandel aufzulösen. Stattdessen wurden Exporte in andere Länder als den USA energisch gefördert.

8.2.3.3 Umweltschutz und Schaffung von Arbeitnehmerrechten⁵⁰

A. Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitnehmerrechte

In Artikel 153 der Verfassung der ROC steht die Beschreibung der Grundrechte der Arbeitnehmer: „Um die Wohlfahrt der Arbeitnehmer und Bauern sowie ihre Produktionstechnik zu verbessern, soll der Staat die entsprechenden Gesetze erlassen und die flankierenden Maßnahmen zum Schutz ihrer Rechte ergreifen.“ Das bedeutendste Gesetz hierzu ist das „Labor Standards Law“ aus dem Jahre 1985.⁵¹

⁵⁰ Vgl. Environmental Protection Administration, ROC, Chronologische Darstellung (dashiji), <http://www.epa.org.tw> [Zugriff am 30.05.2001] und Government Information Office (1987).

⁵¹ Vor dem „Labor Standards Law“ war hinsichtlich der Arbeitnehmerrechte nur das im Jahre 1958 in Kraft getretene „Labor Insurance Act“ relevant.



In diesem Gesetz wird zum ersten Mal über Begriffe wie Arbeiter, Angestellte, Löhne und Arbeitsverträge geschrieben. Das Gesetz stellt die Rechte und die Pflichten von Arbeitern und Angestellten ebenso dar wie die Mindestbedingungen für Arbeitsverträge. Löhne, Arbeitszeiten, Urlaub, Frauen- bzw. Kinderarbeit werden ebenfalls durch das Gesetz geregelt. Das Gesetz schützt Arbeitnehmer vor zu langen Arbeitszeiten und Zwangsarbeit und gibt Arbeitnehmern das Recht auf Entschädigung bei Verletzungen der Bestimmungen und das Recht auf Abfindungen bei Entlassungen. Zudem werden Rentenansprüche geregelt. Das Gesetz gilt für Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen in folgenden Bereichen: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Viehzucht, Bergbau, Produzierendes Gewerbe, Bauindustrie, öffentliche Versorgungsunternehmen, Transport, Warenlager, Kommunikation, Massenmedien und für vom Innenministerium bestimmte Bereiche.

Außerdem wurden der „Employment Service Act“ im Jahre 1992, das „Labor Safety and Health Law“ im Jahre 1991, das „Labor Inspection Law“ im Jahre 1993 und die „Rules for the Allocation and Management of Workers' Retirement Fund“ im Jahre 1985 in Kraft gesetzt. Alle diese Gesetze und Verordnungen zielen auf gerechte und schützende Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmer ab.

B. Umweltschutz

Die „Environmental Protection Administration, ROC“ (EPA) wurde im Jahre 1987 als eine eigene Abteilung im Kabinett gegründet. Seither übernimmt sie Umweltschutzmaßnahmen die Verantwortung.

8.3 *Ergebnisse*

8.3.1 Der achte Vierjahreswirtschaftsplan (1982 – 1985)⁵²

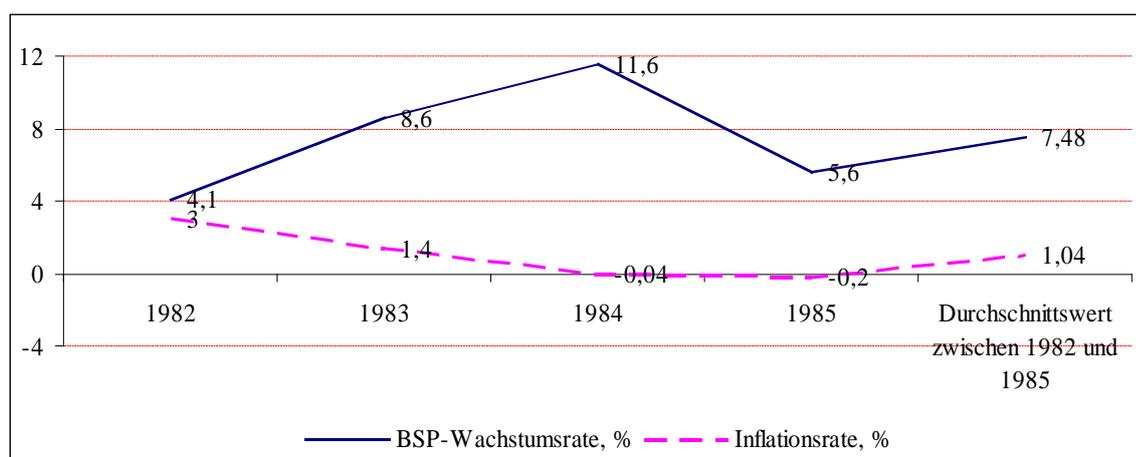
Während sich der Staat im siebten Sechsjahreswirtschaftsplan energisch in den Wirtschaftsprozess einmischte und viele Schutzmaßnahmen ergriff, wurde im achten Vierjahreswirtschaftsplan eine neue Richtung eingeschlagen. Die Regierung überließ die Wirtschaftsentwicklung überwiegend dem Marktmechanismus. Die öffentlichen Investitionen wurden gedrosselt und die Entwicklung des Privatsektors wurde gefördert. Die Regierung unterstützte die Privaten bei ihrer Entwicklung. Die folgende Äußerung reflektiert deutlich die Marktorientierung in diesem Plan: „Die wirtschaftspolitischen Gesetzgebungen sollten vervollständigt, die Verwaltungseffizienz sollte erhöht, das Privatengagement im Wirtschaftsprozess sollte beflügelt und die staatli-

⁵² Vgl. Sun, Chen (1994); CEPD, ROC, Wirtschaftsplan (jingjianjihua), <http://www.cepd.gov.tw/eco-plan> [Zugriff am 08.06.2001] und Wei, Wu (1993).

chen Interventionen sollten herabgesetzt werden, um das liberale Marktsystem und die Preisfunktion zu gewährleisten. Die ausländische Konkurrenz sollte Schritt für Schritt in die heimische Wirtschaft eingeführt werden, damit das industrielle technische Niveau erhöht werden konnte. Das Preisniveau musste stabil bleiben, damit sich die Wirtschaft weiter entwickeln konnte.⁵³

Abbildung 8-11 zeigt das BSP-Wachstum und die Inflationsrate in diesem Zeitraum.

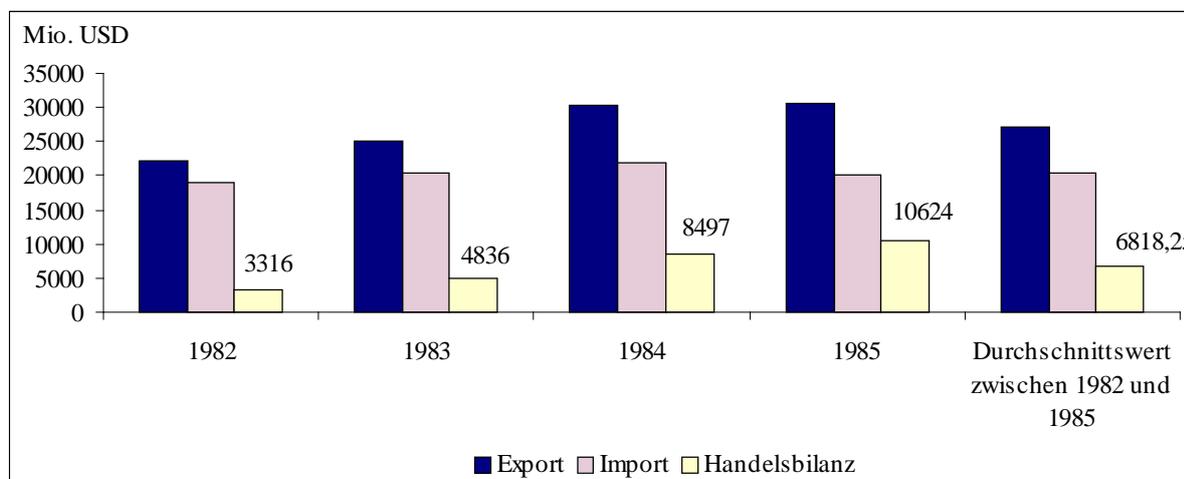
Abbildung 8-11: BSP-Wachstum und Inflation während des achten Wirtschaftsplans (1982 – 1985)



Quelle: CEPD, ROC (1999).

Die durchschnittliche BSP-Wachstumsrate in dieser Planperiode betrug 7,48%. Das Niveau war niedriger als geplant (8%). Allerdings verharrte die Inflationsrate dauerhaft auf niedrigem Niveau (1,04%).

Abbildung 8-12: Handelsbilanz während des achten Wirtschaftsplans (1982 – 1985)

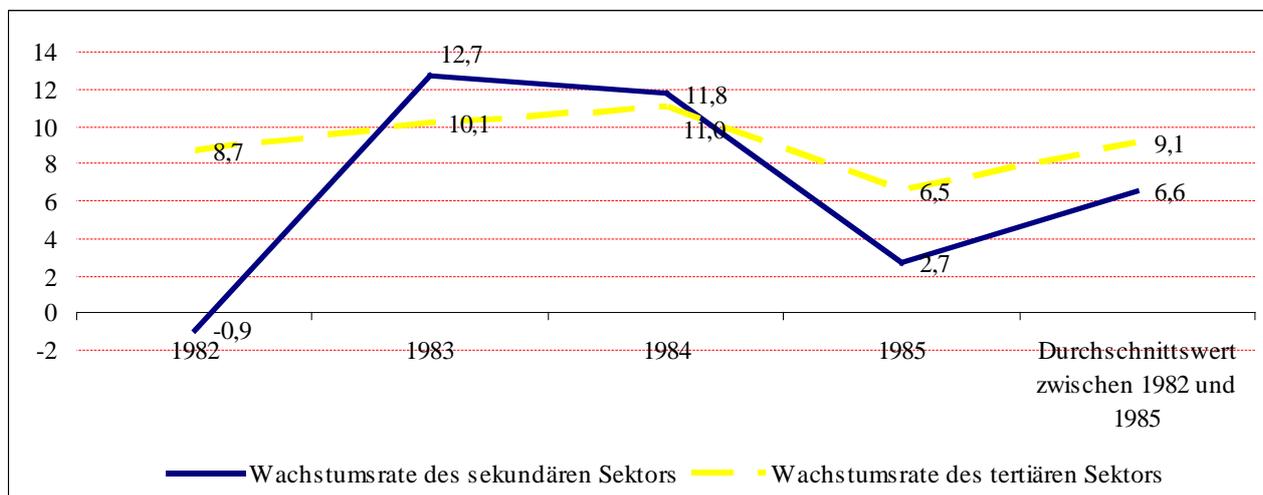


Quelle: CEPD, ROC (1999).

⁵³ Sun, Chen (1994), S. 8.

In Abbildung 8-12 sind die rasant steigenden Handelsüberschüsse zu sehen. Im Durchschnitt betrug das Wachstum der Handelsüberschüsse in diesem Zeitraum jährlich 73,5%. Diesbezüglich verschlechterte sich die Handelsbeziehung mit den USA.

Abbildung 8-13: Sektorale Bilanz während des achten Wirtschaftsplans (1982 – 1985)



Quelle: CEPD, ROC (1999).

Der sekundären Sektor verringerte seine Wachstumsgeschwindigkeit, während der tertiären Sektor seit den 80er Jahren relativ zum Produktionsanteil am BIP an Bedeutung gewann. Abbildung 8-13 verdeutlicht auch die höhere Wachstumsrate des Dienstleistungsbereichs.

Bemerkenswert ist, dass das PKE von 2669 USD im Jahre 1982 bis auf 3297 USD im Jahre 1985 stieg. Dennoch fiel die Kapitalbildungsquote (Kapitalbildung zu BSP) auf den Tiefststand von 18,7%. Demzufolge wurde die Wirtschaftsentwicklung in diesen vier Jahren sowohl als fortschrittlich wie auch als riskant betrachtet.

8.3.2 Der neunte Vierjahreswirtschaftsplan (1986 – 1989)⁵⁴

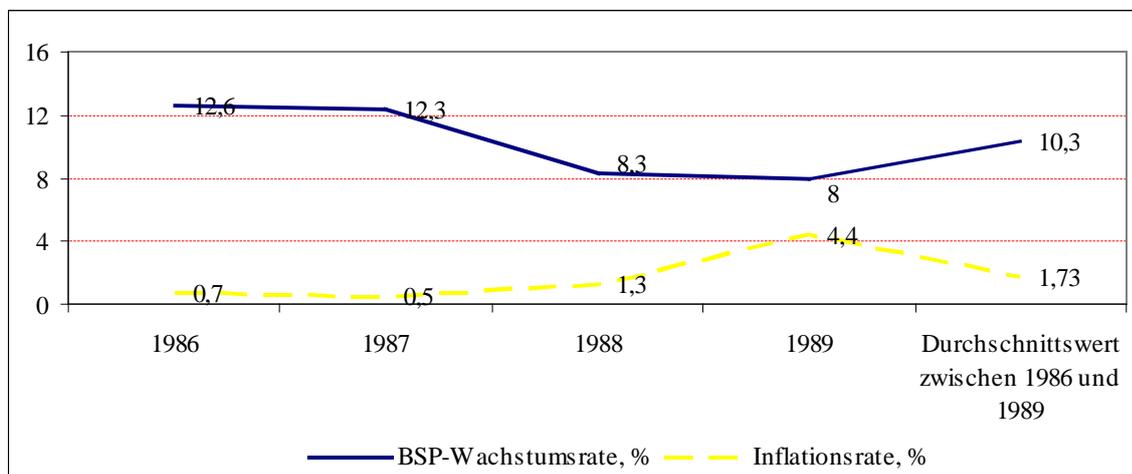
Der Entwicklungskurs im neunten Vierjahreswirtschaftsplan blieb bei den im Jahre 1984 angekündigten Prinzipien „Liberalisierung, Globalisierung und Institutionalisierung“. Wie bereits erwähnt, ist eine Reihe von Deregulierungen und Reformen in verschiedenen Bereichen zu erkennen. Alle Anstrengungen zielen auf ein liberales, offenes und gerechtes Wettbewerbsumfeld ab.

Die Ergebnisse der Wirtschaftsentwicklung in diesem Zeitraum werden wie folgt dargestellt.

⁵⁴ Sun, Chen (1994; CEPD, ROC, Wirtschaftsplan (jingjianjihua), <http://www.cepd.gov.tw/eco-plan> [Zugriff am 08.06.2001] und Wei, Wu (1993).

Das erreichte BSP-Wachstum von 10,3% übertraf die Erwartungen von 6,5% bei weitem. Zugleich konnte die Inflationsrate trotz des dramatischen Zuwachses des Geldangebots noch einigermaßen stabil gehalten werden.

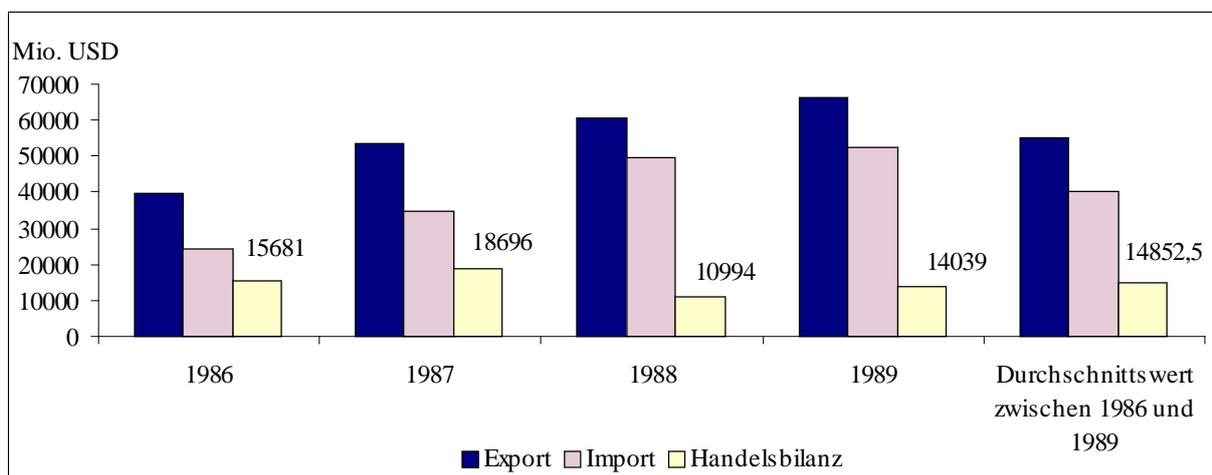
Abbildung 8-14: BSP-Wachstum und Inflation während des neunten Wirtschaftsplans (1986 – 1989)



Quelle: CEPD, ROC (1999).

In der Handelsbilanz sind zwar die Überschüsse erkennbar, das Wachstum war jedoch gebremst, in 1988 wurde sogar ein Minuswachstum der Überschüsse verzeichnet. Das zeigt, dass die Bemühungen um eine ausgewogene Handelsbeziehung mit den USA wirkten.

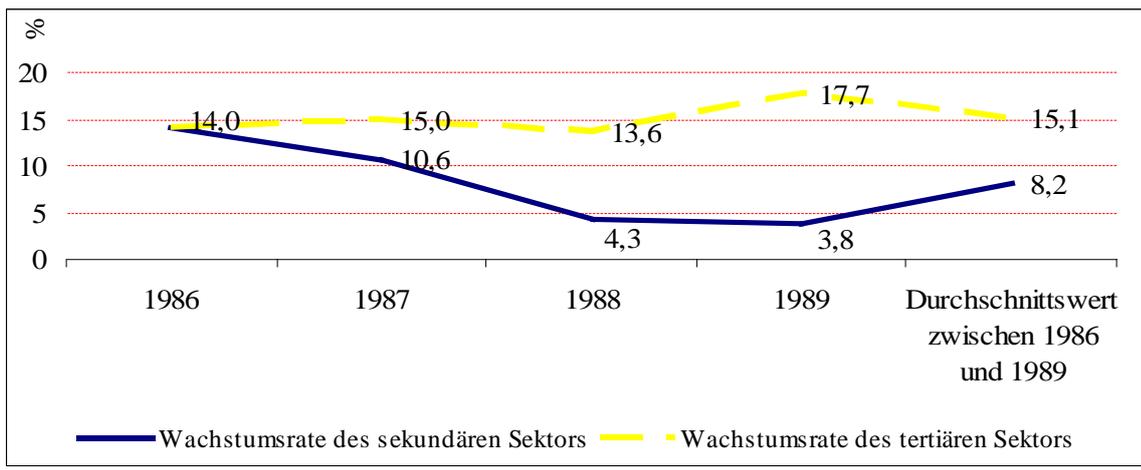
Abbildung 8-15: Handelsbilanz während des neunten Wirtschaftsplans (1986 – 1989)



Quelle: CEPD, ROC (1999).

Abbildung 8-16 demonstriert den Entwicklungstrend im sekundären und tertiären Sektor. Der tertiären Sektor wuchs wegen der Marktöffnung weiter an. Im Gegensatz dazu entwickelte sich der Industriesektor wegen der Strukturanpassung instabil.

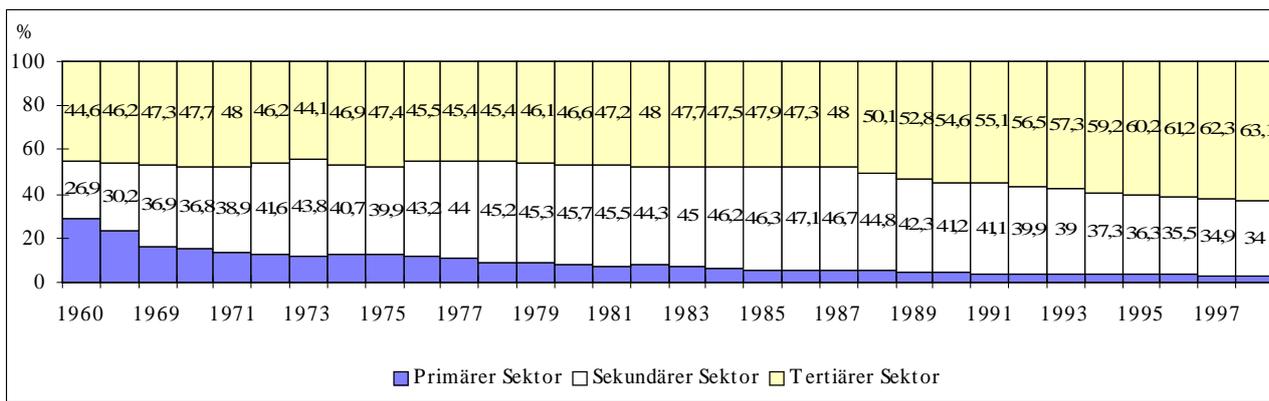
Abbildung 8-16: Sektorale Bilanz während des neunten Wirtschaftsplans (1986 – 1989)



Quelle: CEPD, ROC (1999).

In der Tat nähert sich das Verhältnis der Anteile vom primären, sekundären und tertiären Sektor am BIP seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre den Verhältnissen in den IL an (siehe Abbildung 8-17).⁵⁵

Abbildung 8-17: Das Verhältnis der Anteile des primären, sekundären und tertiären Sektors am BIP



Quelle: CEPD, ROC (1999).

⁵⁵ Z.B. betrug 1997 das Verhältnis der Anteile vom primären, sekundären und tertiären Sektor am BIP in Frankreich 2% zu 26% zu 71%; in Japan 2% zu 38% zu 60%. Vgl. World Bank (1998).